

Hochwasser setzte den Straßen und Brücken arg zu

Bauausschuss beschloss gestern einstimmig schnellstmögliche Maßnahmen an drei Kreisstraßen

Deggendorf. (ga) In der Sitzung des Bauausschusses des Kreistags am gestrigen Mittwoch wurde deutlich, dass nicht nur die Autobahnen, sondern auch etliche Kreisstraßen und Brücken im Überflutungsgebiet von Donau und Isar erhebliche Schäden davongetragen haben und schnellstens instand gesetzt werden müssen.

Besonders schlimm erwischt hat es laut Rudolf Hahn, Sachgebietsleiter am Landratsamt, die DEG 46 im Bereich zwischen Fischerdorf und Altholz. Ölschäden und Risse machten einen Deckenbau nötig. Wahrscheinlich müsse auch ein Stahldurchlass erneuert werden, berichtete Hahn.

Aufteilung der Kosten

Insgesamt rechnet man mit Gesamtkosten von 200.000 Euro. Mit der Regierung von Niederbayern sei aber abgeklärt, dass die Maßnahme im Rahmen der „Finanzhilfe für Infrastrukturmaßnahmen“ förderfähig sei, obwohl normalerweise der Deckenbau nicht gefördert werde. Allerdings gelte das Förderprogramm mit einer Förderquote von 80 Prozent nur für Kommunen. Die Folge sei, dass die Stadt Deggendorf den Antrag stellen müsse, auch weil zu ihrem Gebiet etwa ein Drittel der DEG 42 gehöre.

Die restlichen zwei Drittel sind in der Baulast des Landkreises angesiedelt. Deshalb werde der Landkreis die Baumaßnahme planen, ausschreiben und durchführen. Eine entsprechende Vereinbarung zwischen Stadt und Landkreis werde vorbereitet, in der auch die Aufteilung der Kosten nach den Anteilen und nach Abzug der Förderung geregelt werde.

Erneut Thema in Ausschuss

Wichtig sei, dass die Maßnahme noch im Herbst 2013 durchgeführt werde. Der Vorschlag der Verwaltung, die Kosten von 200.000 Euro in den Haushalt 2013 einzustellen, wurde einstimmig gut geheißen. Allerdings muss sich der Kreisausschuss als zuständiges Genehmigungsorgan für überplanmäßige Ausgaben am kommenden Montag vor der Kreislagssitzung mit der Angelegenheit befassen, wobei Landrat Christian Bernreiter und Kämmerer Werner Neupert einen notwendig werdenden Nachtrags-



Nicht nur die Autobahnen, auch Kreis- und Gemeindestraßen wurden durch das Hochwasser arg in Mitleidenschaft gezogen.

(Luftbild: Peter Kallus)

haushalt nicht ausschlossen. Auch die Brücke über den Haardorfer Mühlbach in Mühlham im Zuge der DEG 21 wurde durch das Hochwasser stark beschädigt, weil sie überflutet worden war.

Die Folgen sind laut Rudolf Hahn grobe Rissverschiebungen und Verkantungen an den Widerlagern. Nach Ansicht von eingebundenen Statikern wurde der Überbau in Strömungsrichtung verschoben und gleichzeitig verdreht.

Aufgrund einer ersten Stellungnahme wurde die Verkehrslast auf 7,5 Tonnen beschränkt und eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 20 Stundenkilometer verfügt. Allerdings ergab eine neue Überprüfung, dass ein kompletter Neubau die wirtschaftlichste Lösung ist. Die Regierung von Niederbayern signalisierte dafür Zustimmung. Die geschätzten Kosten von 400.000 Euro könnten zu etwa 70 Prozent gefördert werden.

Allerdings könne die Baumaßnahme erst 2014 in Angriff genom-

men werden, sagte Hahn. Die Planungskosten, die mit etwa 40.000 Euro zu veranschlagen seien, müssten aber bereits als überplanmäßige Ausgaben in den Haushalt 2013 eingestellt werden, allerdings erst nach Beschlussfassung durch den Kreistag. Die gesamte Baumaßnahme solle aber in das Investitionsprogramm 2014 aufgenommen werden.

Eckl für Sofortmaßnahme

Horst Eckl (FW Osterhofen) regte an, als Sofortmaßnahme vor dem Bau des geplanten Schöpfwerks in die Widerlager der neuen Brücke Schienen einzubauen, in denen etwa Aluplatten als Absperrung eingelegt werden können. Dann könne man das eingedrungene Wasser auspumpen. Rudolf Hahn wies allerdings darauf hin, dass man dabei das Wasserversorgungsamt als Fachbehörde einbinden müsse.

Landrat Bernreiter wusste zudem, dass das Schöpfwerk, das die Probleme an der Stelle beseitigen

soil, bereits 2015 gebaut werden wird. Und Max Thoma (CSU Plattling) forderte im Rahmen der Baumaßnahme eine Verbesserung der gesamten Straßenführung im Bereich der Brücke. Auch bei diesem Punkt gab es Einstimmigkeit.

Wenig Diskussionsbedarf gab es beim geplanten Neubau der Brücke über den Mühlbach bei Maxmühle im Verlauf der DEG 18. Im Bereich der Isarmündung sind Maßnahmen zum Hochwasserschutz geplant, bei denen riesige Mengen an Baumaterial und schwere Baumaschinen an- und abtransportiert werden müssen. Da sei die Brücke über den Mühlbach mit lediglich neun Tonnen Verkehrslast ein großes Problem, berichtete Rudolf Hahn. Aus Sicht des Wasserversorgungsamtes sei diese Brücke aber die einzige zumutbare Verbindung für die geplanten Arbeiten am Polder Isarmünd und deren Aufrüstung damit zwingend erforderlich. Das Amt begrüße es deshalb außerordentlich, dass der Landkreis die Brücke neu bauen

will, obwohl ihre Bedeutung für den Verkehr eher nebensächlich sei. Landrat Bernreiter berichtete in diesem Zusammenhang von erheblichen Problemen während des Hochwassers. „Die 350.000 Euro Baukosten müssen es uns wert sein, damit der Hochwasserschutz vorangeht“, sagte er wörtlich.

Breite Zustimmung

Zu erwarten sei zudem eine Förderquote von 70 bis 80 Prozent, da es sich um eine erhöhte Belastung durch den Bau von Wasserschutzmaßnahmen handle. Das Wasserversorgungsamt habe sich zudem bei den Kosten für den Neubau von maximal 400.000 Euro zu übernehmen, was aber noch durch eine entsprechende Vereinbarung zu regeln sei.

Die Ausschussmitglieder stimmten der Vorgehensweise ebenso einstimmig zu wie der Einstellung der geschätzten Kosten von 350.000 Euro in den Haushalt 2014.

Hochwasserschutz: Ein Dorf verschwindet



Die Absiedlung des Dorfes Isarmünd war seit Jahren beschlossen, doch das diesjährige Hochwasser (Elldi hat die Notwendigkeit noch einmal unterstrichen: Der Deich wurde erstmals überspült.

— Foto: Elldi

Isarmünd. Das Dorf Isarmünd bei Moos im Landkreis Deggendorf wird in den kommenden Jahren verschwinden. Der Grund dafür ist der Hochwasserschutz: Die Absiedlung des Ortes bietet die Möglichkeit, ein zehn Millionen Kubikmeter großes Fordergebiet zu schaffen. Die Entscheidung für den Schritt wurde schon vor gut drei Jahren getroffen, durch die jüngste Flutkatastrophe aber bestätigt. Jetzt rückt der erste Abrißbagger an. — pnp/Seite 3

Nur die Kapelle bleibt

Seit drei Jahren stellen sich die Bewohner von Isarmünd darauf ein, dass sie ihr Dorf, das nahe der Mündung der Isar in die Donau liegt, dem Hochwasserschutz opfern. Jetzt rollen die Bagger an.

Von Theresia Friedberger

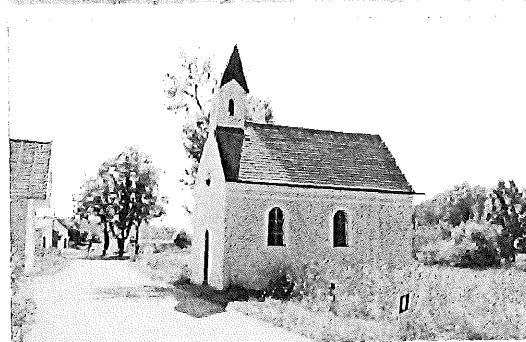
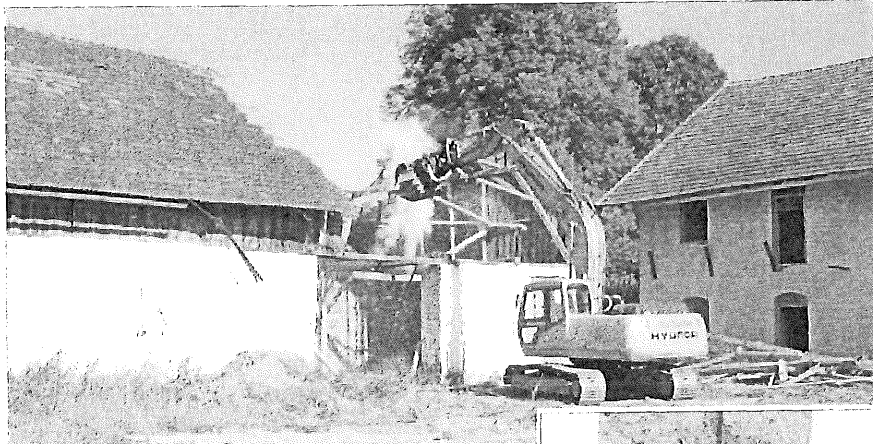
Es wird erst in Isarmünd – dem sterbenden Dorf, wie ein Schild an einer Scheunenwand ankündigt. Es hängt schon eine Weile dort, seit im März 2010 die ersten Überlegungen über eine Aussiedlung der Bewohner des zur Gemeinde Moos gehörenden Dorfes im Landkreis Deggendorf ihren Anfang nahmen. Am vergangenen Freitag ist nun das Abbruchunternehmen angerückt und hat das erste Anwesen, gegenüber der Kapelle, niedergedrückt.

Der frühere Besitzer, ein Münchner, der sich das Anwesen renoviert und hergerichtet hatte, hat sich mittlerweile einen Bauernhof in Gölterndorf bei Osterhofen gekauft. Er ist der einzige aus Isarmünd, der die Gemeinde Moos verlassen hat, und selbst ihm, dem „Zugroast“, dürfte es nicht ganz leicht gefallen sein, den Hof aufzugeben.

Heuer wurde erstmals der Deich überspült

Das Dorf wird aufgegeben, weil der Deich derzeit nur Schutz für ein 30-jährliches Hochwasser bietet. Ein Ausbau auf ein 100-jährliches käme dem Freistaat aber zu teuer. Im Vergleich zum Kauf und Abriss der Anwesen. Die Isarmünder siedeln freiwillig ab – auch wenn dies am Anfang für viele undenkbar schien. Der Entschluss ist langsam und in Verhandlungen mit dem Wasserwirtschaftsamt gereift. Im November 2011 stellten die ersten Dorfbewohner Bauanträge für neue Wohnhäuser in anderen Ortsteilen.

Den alt eingesessenen Isarmündern blüht das Herz bei dem Gedanken daran, die Heimat aufzugeben – auch wenn die neuerliche Hochwasserkatastrophe bestätigt hat, dass es der richtige Weg ist. Im



In Isarmünd hat der Abriss begonnen: Am Freitag rückte auf dem ersten Anwesen der erste Bagger an – und es wird nicht das einzige sein, das dem Hochwasserschutz weicht. Nur die Kapelle (Bild u.) soll stehen bleiben, als Erinnerung an „das sterbende Dorf“, wie es ein Schild an einer Scheune (r.) bereits seit längerem ankündigt. – Fotos: Friedberger

merhin ist bei dem diesjährigen Hochwasser erstmals der Deich überspült worden. Obgleich Isarmünd schon wiederholt unter Wasser stand, handelte es sich dabei immer um Grund- und Sicherheitswasser. Bei der Hochwasserereignissen 1988 stand der Pegel bei Deggendorf bei 7,18 Metern, 1999 bei 7,48 Metern und 2013 bei etwa 8 Metern.

Besonders die ältere Generation hat sich noch lange gewehrt, die Ortschaft aufzugeben, als die jün-

geren sich bereits mit dem Gedanken an einen Umzug vertraut machen. Inzwischen haben die meisten akzeptiert, dass das Dorf Isarmünd keine Zukunft hat. Schweren Herzens gehen sie freiwillig ab, auch wenn sie in neu gebaute, schöne Häuser umziehen, die mittlerweile am Ortsrand von Moos errichtet wurden oder sich im Bau befinden.

Zwei Familien, deren Häuser fast fertig sind, sind bereits im Zuge der Evakuierung während der Flut-

katastrophe im Juni umgezogen. Allerdings musste etwas improvisiert werden, da der Umzug erst für Ende des Jahres vorgesehen war. Die anderen Evakuierten sind nach dem Rückgang des Hochwassers wieder nach Isarmünd zurückgekehrt. Sie haben noch ein paar Jahre Zeit, bevor auch sie die bereits an den Freistaat verkauften Anwesen verlassen müssen.

Michael Kühberger, Chef des Wasserwirtschaftsamtes Deggendorf, ist froh, dass die Isarmünder

freiwillig weggehen. „Die Hochwasserkatastrophe hat klar gezeigt, dass das Poldergebiet nötig ist“, betont Kühberger. Er weist darauf, dass der Isarmünder Deich nur durch die Deichbrüche in Fischerdorf und Winzer gehalten hat und der Ort daher relativ glimpflich davongekommen ist. Ein Deichbruch hätte Isarmünd meterhoch unter Wasser gestellt.

Ausgesiedelt werden auch die Bewohner der beiden Anwesen am nahen Stögmühlbach. Unklar ist



Seine Lage zwischen Isarmündung und Donau wird dem Dorf zum Verhängnis: Dort soll ein Poldergebiet geschaffen werden, das den Flüssen bei zukünftigen Hochwassern mehr Platz verschafft.

derzeit, wie es mit den etwas abseits des Dorfes gelegenen Anwesen „Im Ko“ weitergeht. Von Wegzug war bisher keine Rede, doch dem Vernehmen nach macht sich aufgrund der Flutkatastrophe ein Sinneswandel bemerkbar. Einige Ko-Bewohner sollen bereits Aussiedlungsmöglichkeiten sondieren.

Neuer Polder mit 10 Millionen Kubikmeter

Die Räumung von Isarmünd eröffnet die Möglichkeit, ein zehn Millionen Kubikmeter großes Poldergebiet zu schaffen. Eine Erhöhung der über neun Kilometer langen Deiche an Isar, Donau und Stögmühlbach kann wegen des unverhältnismäßig hohen Aufwands, sowohl finanziell als auch baulich, nicht in Frage.

Wenn in den kommenden Jahren die Anwesen Zug um Zug abgerissen werden, wird einzig und allein die Kapelle stehenbleiben und an das Dörflein Isarmünd erinnern. Das Wasserwirtschaftsamt hat sich in einem Vertrag verpflichtet, die Kapelle zu übernehmen und als Andachtsstätte und Erinnerung an die Ortschaft Instandzusetzen.

LESERBRIEFE

Für Religionsfreiheit

Zum Bericht „Der Frust der Muslim-Anhänger“ vom 15. Juli:

„Ich hoffe, jetzt sehen alle Moslems auf und protestieren gegen ihre mörderischen Brüder in Ägypten und demonstrieren – vor allem in Deutschland – für Religionsfreiheit. Allen voran werden sich natürlich die Islam-Vereine auf Schärfe in den Medien gegen Christenverfolgung äußern, weil die ja so sensibel und autark bei Verletzung von (ihrer) Religionsfreiheit reagieren.“

Josefine Kloss
Pfarrkirchen

So alt wie der Krieg

Zu den Berichten über den US-Abhörskandal:

„Just zum Drama um den Informanten und ehemaligen US-Geheimdienstmann Edward Snowden: Spionage und Verrat sind so alt wie der Krieg, daher militärischen Ursprungs. Was tut, was plant der Nachbar? Diese Fragen mussten sich Verantwortungsbe-

wusste Staatsmänner immer stellen, um vor Überraschungen sicher zu sein. Das Wort „es kann der Prämie nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt“, ist nicht von ungefähr entstanden, sondern ein Ausdruck schlechter Erfahrungen, oder? „Hunde bellen, doch die Karawane zieht weiter?“

Georg Lettner
Deggendorf

Gejammer überflüssig

Zum Bericht „Kommt Hoeneß mit blauem Auge davon?“ vom 15. Juli und zum Fall Mollath:

„Auf den Fall Hoeneß trifft das Sprichwort zu: „Geld regiert die Welt und auf G. Molath: „Stoche niemals in einen Wespennest!“ Die Wahrheit dieser Sprichwörter bleibt unverändert und unumstößlich solange der Planet Erde besteht. Alles Geschwätz, Gejammer und Geschwafel in der Sache ist so überflüssig wie der Kropf einer Bergbauern.“

Walter Gil
Zwiesel

Keine Einnischung

Zu den Krawallen in Ägypten:

„Ägypten, Türkei, Irak usw. haben es zwar geschafft, das alte Macheregime zu stürzen, aber anhaltender Frieden stellt sich dadurch noch lange nicht ein. Sie demonstrieren weltweit für Demokratie und wurden zum Symbol eines friedlichen Widerstandes, der Hoffnung machte auf eine humanere Veränderung im ganzen Land. Aber die Claus bekämpften sich weiterhin unversöhnlich und brutal auf den Straßen. Wenn der Glaube an die Demokratie verloren geht, werden die Leute das Gesetz in die eigene Hand nehmen. Was dabei mitschlägt, kann nur allmählich in der Medien verfolgen. Ob Islamisten oder Muslimbrüder, es spielt keine Rolle, sie wollen alle an die Macht und riskieren dafür sogar einen Bürgerkrieg. Die verlorene junge Generation wird mit Hilfe der modernen Vernetzung den Kampf gegen Ausbeutung und Korruption weiter führen, bis sie ihr Ziel für eine lebenswerte Zukunft erreicht hat. Eine Einnischung von außen verbietet sich, sie verursacht nur neues Blutvergießen.“

Franziska Lindinger
Passau

Bereits vorhanden

Zum Interview „Bei den Beamten gibt es Korrekturbedarf“ vom 17. Juli:

„Die Nichtübertragung des Nachhaltigkeitsfaktors auf die Beamtenversorgung ist kein einziger Bundeshaushalt durch nichts zu rechtfertigen“, sagt Herr Raffelhuber. Vielleicht hat er nur vergessen zu erwähnen, dass der Grund darin liegt, dass es in der Beamtenversorgung bereits eine derartige Maßnahme mit dem Namen Einbaufaktor gibt, und das bereits seit ca. zehn Jahren.“

Wolfgang Nachbar
Pocking

Problem-Biber

Zum Bericht „Für Sechser in Niedersachsen eine problemlose Zone“ vom 15. Juli:

„Der Bezirkstag beschloss die Resolution zum Hochwasserschutz „Schutz für Mensch und Land“. Die CSU forderte eine zügige Verwirklichung des mit der EU-Projektstudie bereits geplanten Hochwasserschutzes entlang der Donau. Zudem müsse nur der Naturschutz Vorzug vor dem Naturschutz haben. Die Überflutungsflächen erweitert, die Wasserwirtschaftsämter gestärkt und die Hochwasserprognosen verbessert werden. Kritisch wird die Bedrohung der Deiche durch den Biber gesehen. Ein Abschuss müsse möglich sein. Eingeführt in die Resolution Marie Deggendorfs fordert Christian Bernreiter. Sie wurde einstimmig angenommen. Zum Hochwasserschutz ist der Abschuss der Biber nicht nur möglich, sondern auch erforderlich, weil ja die Biber die Deiche durchwühlen und undicht machen. Der Biber ist nach den Jagdgesetzen ein jagdbares Tier. In der Schonzeitverordnung ist noch keine Abschusszeit festgesetzt. Zum Schutz gegen Hochwasser musste man in der Schonzeitverordnung festle-

gen, dass für den Biber keine Schonzeit besteht, wenn er sich auf Deichen oder sonstigen Hochwasserschutzanlagen aufhält oder diese Anlagen gefährdet. Sie könnten dort das ganze Jahr hindurch vor den Jagdberechtigten abgeschossen werden. Die Jagdzeit könnte durch die Schonzeitverordnung begrenzt werden.“

Wilhelm Kraml
Grafenau

Leserbriefe sind Äußerungen des Verfassers und brauchen mit der Meinung der Redaktion nicht übereinzustimmen. Die Redaktion behält sich außerdem das Recht zu sinnwählenden Kürzungen vor. Über Leserbriefe kann keine Korrespondenz geführt werden. Im Internet unter www.pnp.de können Bedachte der PNP auch online kommentiert werden.

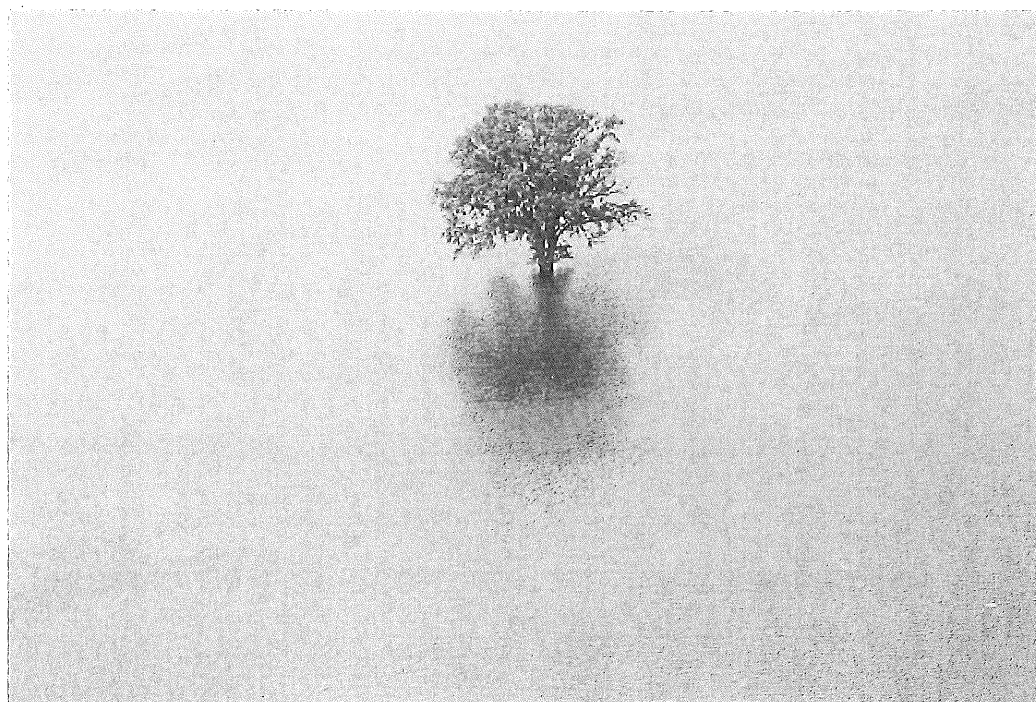
Adresse: Passauer Neue Presse, „Leserforum“, 94050 Passau.
Fax: 0851/802347.
E-Mail: Leserforum@pnp.de.

The European

18.07.2013

Am falschen Ende gespart

Die Fluten der vergangenen Wochen haben bundesweit heftige Schäden angerichtet. Nun steuert der Bund acht Milliarden Euro bei. Hätte diese Riesensumme nicht rechtzeitig investiert werden können?



Sean Gallup/gettyimages©

Die heftigen Starkregenfälle der vergangenen Wochen zeigen, dass die von den Klimaforschern vorhergesagten Extremereignisse immer häufiger Realität werden. Dass an einigen Pegeln in Bayern Werte erreicht wurden, bei denen man vom inzwischen vierten „Jahrhunderthochwasser“ seit dem Pfingsthochwasser 1999 sprechen muss, liegt auch am Versagen der Bayerischen Staatsregierung bei der Landesplanung, beim Hochwasser- und Klimaschutz. Denn viele Ursachen in Bayern sind hausgemacht.

Pläne, neue Deiche zurückzuverlegen und auf diese Weise größere Retentionsräume zu schaffen, scheitern regelmäßig an Partikularinteressen. Eine unrühmliche Rolle spielt hier neben der CSU auch der Bauernverband, dessen Funktionäre sich in einschlägigen Blättern rühmen, derartige Vorhaben verhindert zu haben. Gern feiern lassen sich auch die jeweils amtierenden Bayerischen Ministerpräsidenten für ihren Einsatz gegen geplante Rückverlegungen von Deichen. Dazu passt, dass in den vergangenen Jahren rund 800 Stellen bei den Wasserämtern, den zuständigen Fachbehörden, gestrichen wurden.

Das taube CSU-Ohr

Ungebremst voran schreitet ferner die Flächenversiegelung. Jährlich wird ein Areal fast so groß wie der Chiemsee für Bau- und Gewerbegebiete sowie Straßen geopfert. Diese Flächen können nicht mehr als Regenrückhaltegebiet dienen, das Wasser wird direkt in die Flüsse geleitet und verschärft die Problematik. Darüber hinaus wurden anstehende Deichsanierungen entlang der Donau jahrelang blockiert, weil die dringend notwendigen Maßnahmen mit dem sinnlosen Donauausbau gekoppelt wurden. Dabei wird die Staatsregierung nicht einmal den eigenen, unzureichenden Ansprüchen gerecht. Von sieben geplanten Rückhaltebecken wurde nur eins realisiert. Von 10.000 Hektar Auenflächen wurden ganze 1.883 Hektar und von 2.500 Kilometern Gewässerstrecken wurden lediglich 764 Kilometer wieder renaturiert.

Dass vor allem die CSU von all dem nichts hören will, versteht sich von selbst. Sie lehnt

Vergangenheitsaufklärung und Fehleranalyse ab und fordert „den Blick nach vorn“ – eine Methode, die sie mit allen Parteien gemeinsam hat, die sehr lange an der Macht sind oder waren. So schützt die CSU nicht nur sich, sondern auch ihre Klientel. Geschichtsklitterung hilft freilich nicht weiter. Dazu wurden und werden zu viele Fehler gemacht. Das beginnt bei der Geringschätzung der Moore, die bei Starkregen wie riesige Schwämme wirken, und geht weiter zur nur schleppend durchgeführten Schutzwaldsanierung im Alpenraum, wo der Gewinnabführung der Bayerischen Staatsforsten weitaus höhere Priorität eingeräumt wird, bis zum ökologischen Hochwasserschutz, also zur Aufweitung der Flüsse und Auen zur Schaffung von größeren Retentionsräumen.

Millionen über Millionen

Hochwasserschutz beginnt in der Fläche, bei Gewässern 3. Ordnung, also Kleinstgewässern. Es ist wichtig, die Hochwasserspitzen, die aus der Fläche kommen, zurückzuhalten, um die Bevölkerung zu schützen. Um hier endlich voranzukommen, sind im Wesentlichen folgende Maßnahmen zu realisieren:

1. Im Rahmen einer aktiven Klimaschutzpolitik muss der Ausstoß von Treibhausgasen in allen Bereichen reduziert werden.
2. Alle Möglichkeiten der Hochwasserrückhaltung sind zu nutzen. Also etwa die Wiederherstellung der Auen als natürliche Überschwemmungsgebiete, die Renaturierung von Flüssen und Bächen oder die Ausweitung der Schutzwaldsanierung.
3. Die geplanten Hochwasserrückhaltepolder sind zügig zu realisieren.
4. Potenzielle Überschwemmungsgebiete sind von Bebauung freizuhalten.
5. Flächenverbrauch und Bodenversiegelung sind deutlich zu reduzieren.
6. Für die Aufgaben des Hochwasserschutzes ist ausreichend Personal vorzuhalten.
7. Schließlich sind – neben den Ausgaben für kurzfristig notwendige Hilfen und Maßnahmen – für die oben genannten Punkte bei der Aufstellung künftiger Haushalte ausreichend Haushaltsmittel zu veranschlagen.

Dass diese Maßnahmen nicht zum Nulltarif zu haben sind, versteht sich von selbst. Angesichts der Schäden ist der finanzielle Aufwand aber nicht nur aus ökologischer, sondern auch aus volkswirtschaftlicher Sicht mehr als gerechtfertigt. Soweit bislang überhaupt Schätzungen vorliegen, lässt sich für Bayern eine erschreckende Bilanz ziehen: Allein im Landkreis Deggendorf schätzen die Behörden die Kosten des Hochwassers auf eine halbe Milliarde Euro. Die Landwirtschaft hat es schätzungsweise mit 115 Millionen Euro getroffen, Straßen wurden im Wert von rund 40 Millionen Euro beschädigt.

Bundesweit schätzt die Deutsche Bahn die Schäden durch das Hochwasser auf einen hohen dreistelligen Millionenbetrag. Der Bund stellt insgesamt acht Milliarden Euro zur Verfügung.

Diese Riesensummen hätte man besser rechtzeitig investieren sollen, statt am falschen Ende zu sparen.

*Lesen Sie weitere Meinungen aus dieser Debatte von: **Karl Matthias Wantzen, Arnold Vaatz, Jürgen Stamm**.*

Christian Magerl



Von 1986 bis 1998 gehörte Christian Magerl bereits der ersten Grünen-Fraktion an. Im Jahr 2003 wurde der Politiker dann erneut in dem Bayerischen Landtag gewählt. Magerl studierte Chemie und Biologie an der Ludwigs-Maximilians-Universität in München und promovierte anschließend in Fachbereich Zoologie. Magerl wurde 2009 mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet.

PRESSEMITTEILUNG VON MDL TANJA SCHWEIGER (FREIE WÄHLER)

Tanja Schweiger empfing Besuchergruppe aus Wenzenbach und Tiefenhüll

Empfehlen 0



München (hah) Der Eisstockclub

Schönberg – Wenzenbach und der Schnupftabakverein "Lebewohl" Tiefenhüll besuchten die Abgeordnete Tanja Schweiger in München mit einer 50 Personen starken Abordnung. Neben einer Sitzung im Plenarsaal konnten sich die Gäste mit der Abgeordneten austauschen und bei einem Besuch in der Landtagsgaststätte stärken.

Bei der Diskussionsrunde erklärte die Abgeordnete die Arbeitsweise des Parlaments und die Aufgaben der Parlamentarier und beantwortete die zahlreichen Fragen rund um aktuelle Themen. Die vorgesehene Trennung der Bundestags- und Landtagswahl sei aus Sicht der Abgeordneten nicht zu verstehen, denn beide Wahlen seien im Gegensatz zur Kommunalwahl sehr schnell auszuführen. Dies koste vor allem wieder einige Millionen, nur damit man die Wahlen im Abstand von nur einer Woche aus parteipolitischen Gründen abhalten könne. Hinzu komme, dass die Kommunen zweimal hintereinander Wahlhelfer finden müssen.

Auf das Thema 3. Startbahn angesprochen erklärte Tanja Schweiger, dass es ihr wichtiger ist, das notwendige Geld zuerst in die Anbindung des ostbayerischen Raums an den Flughafen zu investieren. Sie kritisierte, dass schwarz-gelb bisher die 90 Mio für Gutachten zum Donausausbau in Niederbayern ausgegeben hätten, um dann zu dem Ergebnis zu kommen, dass es nicht notwendig ist. Die Freien Wähler haben sich nach dem Dialog mit den Donauanwohnern bereits vor Jahren gegen den Donausausbau mit Staustufe und statt dessen für einen sanften Ausbau mit schnellem Hochwasserschutz ausgesprochen.


Das erfolgreiche Volksbegehren der FREIEN WÄHLER gegen Studiengebühren trug neben der Abschaffung der Studiengebühren auch dazu bei, dass die finanzielle Unterstützung bei der Meisterausbildung verbessert, das Schulgeld in der Altenpflege abgeschafft und die Ausbezahlung der Mittel im Sportstättenbau beschleunigt wurde. Beim Thema erneuerbare Energien vertrat die Abgeordnete die Meinung, dass Energie dezentral, erneuerbar und mit Kommunen und Bürgern ausgebaut werden muss. Die Anstrengungen der Bundes- und Staatsregierung in diesem Bereich seien ihr deutlich zu wenig und beschränken sich überwiegend auf das Beklagen der fehlenden Stromleitungen. Das Potential, das in der Methanisierung liegt, werde leider zu wenig genutzt. Sie steht gerne zur Wiederwahl zur Verfügung und setzt sich für ein starkes Ergebnis für die Freien Wähler ein. Die Besucher bedankten sich für die Einladung und schlossen mit den Worten: „Sie sprühen ja vor Energie und man merkt, dass Ihnen ihre Arbeit Freude macht.“

0



17. Juli 2013 12:04 Uhr

Der Härtestest steht noch aus

Für das System Seehofer steht der Härtestest noch aus. *Von Uli Bachmeier* Emotionen Tweet +1

Wer den alten jüdischen Witz mit dem Rabbi, dem Bauern und dem Schäfer kennt, der versteht auch das System Seehofer. Der Witz geht so: Der Bauer kommt zum Rabbi und sagt: Dieser Schäfer treibt jeden Tag seine Schafe über meine Felder hinunter zum Fluss. Die Schafe fressen alles auf. Das kann so nicht weitergehen, sonst bin ich ruiniert. Der Rabbi sagt: Da hast du recht. Danach kommt der Schäfer zum Rabbi und sagt: Dieser Bauer lässt mich

mit meinen Schafen nicht hinunter zum Fluss. Aber meine Schafe müssen trinken. Das kann so nicht weitergehen, sonst bin ich ruiniert. Der Rabbi sagt: Da hast du recht. Dann tritt des Rabbis Putzfrau auf und sagt: Rabbi, das kann so nicht weitergehen. Du kannst doch nicht dem einen und dem anderen recht geben. Sagt der Rabbi: Da hast du jetzt wieder recht.

Von Horst Seehofer, der seit nunmehr fast fünf Jahren an der Spitze einer schwarz-gelben Koalition die Politik im Freistaat dominiert, sind Sätze überliefert, die dem alten jüdischen Witz in seiner Doppeldeutigkeit in nichts nachstehen. Einer der schönsten: Eine Kehrtwende ist kein Problem, solange die Richtung stimmt. – Mit Populismus hat das in Seehofers Selbstwahrnehmung nichts zu tun. Es handelt sich schlicht um „politische Prozesse“. Große Regierungskunst besteht nach seiner Logik schlicht darin, auf diese Prozesse so schnell wie möglich zu reagieren.

Klassische CSU-Positionen infrage gestellt

Seehofer hat die Politik im Freistaat beschleunigt. Unter seinen Vorgängern dauerte es regelmäßig viele Jahre, ehe Ideen der Opposition als unausweichlich wahrgenommen und in praktische Politik umgesetzt wurden. Bestes Beispiel dafür sind die Kinderkrippen, die von der CSU lange als sozialistisches Teufelszeug abgelehnt wurden, ehe sie sich an die Spitze der Bewegung setzte. Unter Seehofer ging es Schlag auf Schlag. Er ließ gegen Widerstände in seiner Partei die FDP gewähren und stimmte einem liberaleren Versammlungsgesetz zu. Er verordnete

der CSU nach Fukushima den Ausstieg aus der Atomkraft. Er rührte keinen Finger, um die von der Vorgängerregierung eingeführten Studiengebühren zu verteidigen, sondern reihte sich vor dem Volksentscheid in vorderster Front bei den Kritikern ein. Er korrigierte die seit Jahrzehnten betonierte Haltung seiner Partei zum Donau-Ausbau. Er versuchte, allerdings noch ohne echten Erfolg, die schlimmsten Härten beim achtjährigen Gymnasium zu mildern. Und zuletzt stellte er, ausgelöst durch den dramatischen Hunger- und Durststreik in München, klassische CSU-Positionen in der Asylpolitik offen infrage.

All dies war möglich, weil er in der Koalition im Zweifelsfall mal seine eigene Partei, mal die FDP an seiner Seite hatte. Mit der FDP kam neuer Schwung. Der Machtpolitiker Seehofer verstand es, die widerstreitenden Kräfte für seine durch und durch pragmatische Politik zu nutzen.

Ausreichend Geld

Dabei stand ihm das Glück zur Seite. Zwar musste die frischgebackene Koalition gleich zum Auftakt das Milliardendebakel der Landesbank bewältigen. Danach aber sorgten eine gute Konjunktur und üppig sprudelnde Steuereinnahmen dafür, dass ausreichend Geld für ungezählte Projekte und neues Personal zur Verfügung stand. Es blieb sogar noch Geld übrig, um Schulden des Staates zu tilgen.

Die fünf Jahre unter Schwarz-Gelb haben Bayern nicht geschadet. Der echte Härtetest aber steht noch aus. Niemand weiß, wie sich die – gemessen an der Wirtschaftsleistung – überdimensionale Ausweitung des Staatshaushalts auf lange Frist auswirkt. „Horst im Glück“ betreibt pragmatische Politik im Hier und Jetzt. Neue Kehrtwenden sind programmiert.

Jetzt bestellen! Das neue iPad inkl. e-Paper.

Mittelbayerische

NACHRICHTEN

Artikel vom 17.07.2013, 20:26 Uhr

MZ-Kommentar: Krisen managen, Koalitionsfrieden lernen

Die CSU fährt unter Seehofer im Problemlösungsmodus – und gewöhnte sich langsam an die FDP.

Von Christine Schröpf, MZ

Problem um Problem abräumen, Nerven bewahren: Für Ministerpräsident Horst Seehofer und die CSU stand die vergangene Legislatur im Zeichen des Krisenmanagements. Schon in den ersten Amtstagen fiel Seehofer der BayernLB-Skandal vor die Füße – die Landesbank konnte bekanntlich nur mit einem Zehn-Milliarden-Stützkredit gerettet werden. Es folgten: Die Resonanzstudienaffäre in der Staatskanzlei, die heftigen Debatten um die dritte Startbahn am Münchner Flughafen, die Abschaffung der Studiengebühren, Reformen für das achsstufige Gymnasium und den sanften Donauausbau, nicht zu vergessen die Verwandtenaffäre und der Justizskandal um Gustl Mollath. Für Seehofer fällt das in die berüchtigte Abteilung „Unvorhergesehenes“.

Es sind Konfliktstoffe, die von der CSU in den vergangenen fünf Jahren wenn irgend möglich in größtmöglicher Geschwindigkeit entschärft wurden. Beim Umschwenken auf einen umweltverträglichen Donauausbau funktionierte das ganz gut, in der BayernLB-Affäre nur auf den ersten Blick. So wurden zwar Problemfelder wie das EU-Beihilfeverfahren oder der Verkauf der GBW-Wohnungen abgehakt, doch es bleiben offene Baustellen. Unklar bleibt, bis wann die Landesbank den Milliardenkredit letztendlich abgestottert haben wird.

Das rasche Konsequenzenziehen, etwa auch durch die jüngst in der Abgeordnetenaffäre im Eiltempo beschlossenen schärferen Parlamentsgesetze, wurde von der CSU zu eigenen Erfolgen umgemünzt. Frei nach dem Motto: Wenn dir das Leben eine Zitrone schenkt, presse dir eine Limonade. So saugten die Konservativen selbst aus einigen Affären und Niederlagen Nektar. Parallel mussten die 92 CSU-Landtagsabgeordneten eine Disziplin trainieren, in der bisher nur ihr Parteichef Erfahrungen gesammelt hatte: einen Koalitionspartner ertragen lernen. Lange rumpelte es gewaltig im Verhältnis zur FDP. Die Konservativen waren nicht gewohnt, beim Verfolgen politischer Ziele auch andere fragen zu müssen. Die vom Wähler erzwungene liberale Erdung hat der CSU allerdings gut getan. Die BayernLB-Affäre wurde im Untersuchungsausschuss des Landtags auch durch das beharrliche Anschieben der FDP aufgeklärt. Das war ganz im Interesse Seehofers, der zwischen sich und CSU-Fehlern der Vergangenheit von Anfang an einen klaren Trennungsstrich zieht.

Vom ersten Tag seiner Regierungszeit hatte er im Blick, die Wahlschlappe 2008 beim nächsten Mal wettzumachen. Der CSU-Chef ist seit fünf Jahren mit sensiblen Antennen in Bayern unterwegs, um Unzufriedenheiten aufzudecken. Gespür – auch für den Wahlkampf – bewies er bei den Hilfen für die Opfer der Hochwasserkatastrophe. Das bayerische Kabinett tagt nun außerplanmäßig im August, damit die Gelder rasch verteilt werden.

Das serienmäßige Lösen teils selbst geschaffener Probleme scheint sich für die CSU auszuzahlen. Die jüngste Umfrage des BR-Politikmagazins „Kontrovers“ gibt der CSU Recht. Selbst die Rückkehr zur absoluten Mehrheit ist im Bereich des Möglichen. Bei der SPD scheint der Ude-Effekt dagegen gänzlich verpufft.

Bei der CSU kehrt dennoch keine Gelassenheit ein. 2008 war die Partei trotz ähnlich guter Umfragen böse abgestürzt. Mit der Abteilung „Unvorhergesehenes“ hat die CSU bittere Erfahrungen gesammelt. Seehofer weiß: Auf den letzten Metern könnten grobe und wahlentscheidende Schnitzer passieren.

URL: <http://www.mittelbayerische.de/index.cfm?pid=10006&lid=0&cid=0&tid=0&pk=939701>

„Das kann jetzt ganz schnell gehen“

Bundesinnenminister Friedrich macht Hoffnung auf rasche Umsetzung des Hochwasserschutzes

Die Flut hat sich inzwischen zurückgezogen. Doch viele Menschen in den betroffenen Gebieten leiden noch unter den Folgen des Hochwassers. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) lobte nun erneut die Hilfsbereitschaft. Am Rande einer politischen Kundgebung am Montag in Wallerfing (Landkreis Deggendorf) machte er Hoffnung auf eine rasche Umsetzung des Hochwasserschutzes. Zu seiner Reise nach Washington in der vergangenen Woche sagte er, es sei gelungen, den amerikanischen Partnern klarzumachen, dass die Bundesregierung den Abhörskandal ernst nimmt.

Sind Sie mit der Organisation der Hochwasserhilfe und der Verteilung der Hilfgelder zufrieden?

Friedrich: In dieser Katastrophe so eine Hilfsbereitschaft und perfekte Zusammenarbeit aller Hilfskräfte zu erleben, ist ein großes Glück und kann einen stolz auf unsere Bürger machen. Was wir hier erlebt haben, ist geradezu einmalig. Das bestätigen alle Beobachter.

Einige Betroffene klagen nun, die Anträge auf Hilfen seien zu bürokratisch. Wo gilt es da jetzt nachzubessern?

Friedrich: Ich habe mir heute in Fischerdorf erneut ein Bild von der Situation gemacht. Und ich kann sagen, da geht es ganz formlos und unbürokratisch zu. Das ist für die Betroffenen jetzt auch sehr wichtig, die ohnehin psychisch sehr angespannt sind. Am Ende muss natürlich alles korrekt ablaufen – keine Frage. Aber ich glaube, alle vor Ort, die für die Anträge und deren Bearbeitung zuständig sind, sind hilfsbereit, und das ist das Entscheidende.

Die CSU Niederbayern fordert nun, rasch und ohne weitere Debatten die vorliegenden Pläne zum Hochwasserschutz umzusetzen. Wann werden die Bagger rollen?



Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich sieht die CSU bei der Vorratsdatenspeicherung weiter auf Linie. (Archivfoto)

Friedrich: Das kann jetzt ganz schnell gehen, wenn die Planfeststellung vorwärtsght. Man darf jetzt keine Zeit verlieren. Jede einzelne Baumaßnahme hilft und ist für die Psyche der Menschen wichtig.

Welche weiteren Konsequenzen wird dieses Rekordhochwasser haben?

Friedrich: Jetzt sind Umweltexperten, Wasserwirtschaftler und Landesplaner am Zug. Man muss

einfach erkennen, dass sich Hochwasserereignisse bei uns in solchen Dimensionen abspielen. Dem muss man Rechnung tragen, nicht nur durch den Bau von Dämmen, sondern auch, indem man den Flüssen mehr Raum gibt und den Fluss als Gesamtheit der Oberläufe und Zuläufe begreift.

Wie beurteilen Sie die Pläne, den Solidaritätszuschlag in einen „Deutschland-Fonds“ umzuwandeln und daraus auch Rücklagen für

solche Katastrophenereignisse zu bilden?

Friedrich: Wir haben jetzt unter Beweis gestellt, dass wir schnell und unbürokratisch auf Bundes- und Landesebene handlungsfähig sind. Jetzt geht es nicht darum, neue Abgaben oder neue Fonds zu vereinbaren, sondern zwei Dinge zu tun: Erstens, das Hochwasser und damit verbundene Schäden für die Zukunft zu vermeiden. Zweitens müssen wir dafür sorgen, dass auch in der Zukunft so gut geschulte Hilfskräfte zur Verfügung stehen.

CSU-Chef Horst Seehofer hat das Festhalten an der Vorratsdatenspeicherung infrage gestellt. Sie haben diese immer gefordert. Wie sehr fühlen Sie sich von Ihrem Parteichef im Stich gelassen?

Friedrich: Wenn Sie sich den „Bayernplan“ ansehen, dann stellen Sie fest, dass dort die Mindestspeicherfrist als klares Bekenntnis ausdrücklich genannt ist. Telekommunikationsanbieter sollen einfach die Daten ihrer Kunden eine Zeit lang speichern und im Bedarfsfall auf richterliche Anordnung den Ermittlungsbehörden zur Verfügung stellen. Darum geht es. Nicht mehr und nicht weniger.

Ende vergangener Woche waren Sie in Washington, um über das Abhörprogramm der USA zu reden. Wie zufrieden sind Sie mit den Antworten Ihrer amerikanischen Gesprächspartner?

Friedrich: Meine Reise hatte einen doppelten Zweck. Erstens, um klarzumachen, dass die Regierung dieses Thema ernst nimmt. Das klare politische Signal an die USA ist, dass wir den Schutz der Privatsphäre unserer Bürger für sehr wichtig ansehen und dies für uns höchste Priorität hat. Diese Botschaft ist bei den Amerikanern auch angekommen. Zweitens: Wir verlangen die Aufklärung aller Vorwürfe, und die Amerikaner haben dies zugesagt. Die Geheimhaltungsstufen vieler

Dokumente, die für die Aufklärung wichtig sind, sollen aufgehoben werden – sowohl das für Geheimdienste eben möglich ist.

Wurde Ihren Erkenntnissen zufolge deutsches Recht gebrochen?

Friedrich: Wir haben dafür bislang keine Beweise. Aber wenn es der Fall sein sollte, dann wäre das inakzeptabel und müsste in Zukunft aufgehoben werden. Dafür wollen wir auch eine klare Zusage. Der Bundesaußenminister wird bei den kommenden Verhandlungen diese Zusage auch einfordern.

Für wie Erfolg versprechend halten Sie Pläne, das UN-Abkommen über bürgerliche und politische Rechte von 1966 um den Aspekt des Datenschutzes zu erweitern?

Friedrich: Ich glaube, dass dies der richtige Weg ist, einfach um dem Datenschutz einen angemessenen Stellenwert zu geben. Es ist wichtig, die derzeitigen Ereignisse aufzunehmen und solche Abkommen auf den aktuellen Stand der Diskussion zu bringen.

Halten Sie einen NSA-Untersuchungsausschuss in Deutschland für notwendig?

Friedrich: Ich wüsste nicht, was der Untersuchungsausschuss Neues zutage fördern könnte. Alles, was wir wissen, liegt auf dem Tisch, und wenn wir Neues erfahren, dann legen wir es offen. Wenn die SPD Einzelheiten über die Geheimdienstzusammenarbeit zwischen Deutschland und den USA haben möchte, braucht sie doch einfach nur ihren Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier zu fragen, der sieben Jahre lang Geheimdienstkoodinator war.

Wie beurteilen Sie die Kritik der Opposition, die Ihren Washington-Besuch als Farce bezeichnet hat?

Friedrich: Wahlkampf!

Interview: Dr. Gerald Schneider

„Bund Naturschutz hat Mitschuld an Hochwasserkatastrophe“

Plattling. Einen Leserbrief zum Thema „Hochwasser in Fischerdorf und im Deggenfelder Land“ hat uns Hubert Horst Seitz aus Schiltorn geschrieben, dem Stadtteil von Plattling, der am Rande des Hochwassers gelegen und gerade noch verschont geblieben ist.

Seitz schreibt:

„Viele Berichte wurden über das Hochwasser geschrieben, nur über das Entstehen des Dammbruches am alten Scheuer-Damm, und wie es dazu kam, wurde kaum berichtet. War es aus Angst vor dem Verursacher? Oder sind wir schon soweit, dass über ein Fehlverhalten zuständiger Vereinigungen und Ämter nichts mehr gesagt werden darf. Das Wasserwirtschaftsamt Deggenfeld hat jahrzehntelang für einen gefestigten Hinterweg, dort am alten Isar-Damm, gekämpft. Immer aber hat der Bund Naturschutz (BN) dagegen ein Veto eingelegt, damit gewisse Arten von Tieren geschützt werden können. Ich habe nichts gegen den Tierschutz, aber die Menschen und auch Tiere waren früher ohne den Bund Naturschutz besser dran.

Vor etlichen Jahren holte der BN den Biber in unser Land zurück. Er war ja schon einmal hier, aber nicht in solcher Menge wie heute, denn damals hatte er auch natürliche Feinde. Der Hochwasserdamm linksseitig war stark durch die Biberbauten in den Dämmen gefährdet. Somit hat das Wasserwirtschaftsamt das Spunden mit Wänden veranlasst.

Die Spundwände lagen zum Einrahmen auf dem Damm bereit, es wurde ein Teil des Dammes auch gespundet, aber dann hat der BN das Einbringen der Spundwände genau an diesen dreihundert Metern, wo der Dammriss geschehen ist, untersagt, mit der Begründung, dass hier kein Altwasser zu dem Damm geht und hier keine Biber sind. Leider sind aber viele Fischerdorfer und andere Hochwassergeschädigten keine Tiere, sonst hätte der BN sicher an sie gedacht. Doch so wurden die ausgelegten Spundwände wegen des massiven Drucks des BN wieder vom Damm entfernt und abtransportiert.

Ebenso wurde auch um den Hinterweg für diesen Damm jahrzehntelang gekämpft, aber wie es so ist, durfte er wegen des Einspruchs vom BN nicht gefestigt werden. Aber wer wie ich ein Dammwächter war, am Damm lebt und die Hochwasser

seit 1930 mitgemacht hat, der weiß, wie wichtig so ein Hinterweg ist, damit im Notfall der Damm schnell verstärkt werden kann. Warum musste der Damm brechen, damit jetzt und unter großem Aufwand und Kosten dieser Weg innerhalb von nur wenigen Tagen, ohne den Bund Naturschutz zu fragen, gefestigt wird?

Kann jemand, der im Büro sitzt, eine solche Situation überhaupt erkennen, darf ein solcher über das Schicksal der dortigen Menschen bestimmen? Was ist mit dieser so genannten Renaturierung der Isar. Ist diese für gewisse Stellen im Staat viel wichtiger als die Sicherheit der Dämme?

Das Wasserwirtschaftsamt hat in den Wintermonaten eine Renaturierung im Bereich „Albertswasen“ über mehrere Wochen getätigt, die so sinnlos ist. Sie hat den kleinen Sommerdamm entfernt, der das Altwasser bei kleinerem Hochwasser mehr der Isarmündung zuleitet. Bei meinen Messungen beim Hochwasser hat sich das Wasser dadurch mit einer viel höheren Geschwindigkeit zur Donau begeben, obwohl die Isar zum Zeitpunkt, als ich die Messungen durchführte, nur ein mittleres Hochwasser hatte und am Ufer nur 40 Zentimeter hoch war. Durch das Liegengelassen der vielen Bäume im Staatsgrund, der Staat hat ihn von Landwirten billig erworben und nicht so, wie immer behauptet wird, dass die Landwirte keinen Grund zur Verfügung stellen würden, wird die Fließgeschwindigkeit zwar um einen Teil verringert aber gleichzeitig in den anderen Teil „Abertswasen“ erhöht. Somit wurde die Gefahr für den Damm zu brechen größer.

Ebenso wurde auch durch das Fehlen des kleinen Zwischendamms das Wasser nicht mehr in Richtung Isarmündung geführt, sondern in den Bereich des Dammes, wo dieser dann gebrochen ist. Wären die Grundstücke noch in Privatbesitz, würde dort kein solches Holz mehr herumliegen.

Zu unseren Dämmen muss ich leider feststellen, dass diese nicht den ungarischen Dämmen gleichen. Denn in Ungarn werden die Dämme unmittelbar an der Donau errichtet aber so gut und hoch, damit es keine Probleme gibt und dass, obwohl in Ungarn noch mehr Donauwasser ankommt als bei uns. Diese Dämme sind beidseitig mit Hinterwegen ausgelegt und die Dammkrone ist

sogar geteert. Da frage ich mich: Studieren diese Leute die Natur, denn sie sind in vielen Belangen unserem BN weit überlegen. Denn in Ungarn gibt es mehr Wild und verschiedene Tierarten als bei uns, wo sie durch rücksichtslose Unvernunft und Fehleinschätzungen sogar ertrinken müssen.

Zur Bekämpfung der Mückenplage möchte ich mich nur so äußern. Wenn man gute Grundstücke als Ausgleichsfläche schon der Natur zurückgeben möchte, sollte der Boden, der sich über Jahrhunderte hier entwickelt hat, auch so der Natur als Ausgleichsfläche überlassen werden. Doch bei uns passiert das Gegenteil. So wurde neben dem Schwarzgraben der ganze Humus entfernt und somit wurden mal wieder gute Brutstätten für Mücken unter der Führung des BN angelegt – und das alles mit staatlichen Zuschüssen.

Es klingt jetzt wie ein Hohn, dass wir nun Chemie einsetzen müssen, um der, vom BN „gezüchteten“ Mückenplage, Herr zu werden. Ich finde, diese Leute sollen besser die Menschen, die hier aufgewachsen sind und das Land bewohnen und bewirtschaften, befragen. Sie kennen ihre Heimat und ihre Natur, und sie sind nun die Opfer solcher unsinniger Maßnahmen. Sie müssen die „BN-Suppe“ auslöffeln, die oft existenzbedrohend ist. Wo bleibt da die Hilfe der Verursacher, des Bund Naturschutzes? Die große Hilfe kam von wo anderes. Es war die Bevölkerung und es waren die vielen Einsatzkräfte, denen auch ich hier nochmals danken möchte.

Ich wünsche allen Geschädigten gute Nerven, und dass sie nicht böse sind, denn schon seit Jahrhunderten sind der echte Naturschutz, ohne den selbst ernannten Naturschutzbund, immer die Menschen, die dort wohnen und aufgewachsen sind.“

Hubert Horst Seitz,
Schiltorn

Leserbriefe sollen kurz und prägnant gehalten und sachlich sein. Die Redaktion behält sich das Recht der Kürzung vor. Die Meinung der Verfasser ist frei und spiegelt nicht die Meinung der Redaktion. Die Redaktion hat die inhaltlichen Aussagen nicht überprüft. Diese liegen in der Verantwortung des Autors.



transport

lastauto
omnibus

FERNEFAHRER

Landesverband Bayerischer Spediteure

Transport unabhängig vom Verkehrsträger



Der Landesverband Bayerischer Spediteure (LBS) bekennt sich zur Verlagerung von Warenströmen. Bei der Wahl des Präsidiums setzen die Mitglieder hingegen auf Beständigkeit.

Die "Architekten des Verkehrs" trafen sich in Rottach-Egern am Tegernsee, um die Geschicke des Landesverbands Bayerischer Spediteure (LBS) zu lenken. "Wir sind die drittgrößte Branche und außerdem in einer Lenkungsfunktion. Ohne uns funktioniert die weltweite Wirtschaft nicht", sagte LBS-Präsident Heinrich Doll. Dabei gelte es, das schlechte Image abzulegen und die Wichtigkeit der Speditions- und Logistikbranche in den Köpfen der Bürger zu verankern. "Ein Spediteur handelt von Haus aus ökonomisch und ökologisch, wir sind auf keinen Verkehrsträger festgelegt. Das jeweilige Transportmittel muss aber effizient und wettbewerbsfähig sein", erklärte Doll. Oftmals sei der Lkw aber die einzige Wahl, weil die Schiene oder das Binnenschiff entweder keine freien Kapazitäten habe – oder schlicht unwirtschaftlich sei.

Finanzen auf Vordermann bringen

Eine direkte Vorlage für Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer (CSU). Der plant bereits über die Bundestagswahl im September hinaus. In seinem Stammland Bayern ließ er es sich daher nicht nehmen, seine Ziele für die nächste Amtsperiode abzustecken. Dabei geht es ihm vor allem darum, die Finanzen auf Vordermann zu bringen. Ramsauer sprach von einer gewaltigen strukturellen Unterfinanzierung bei allen Verkehrsträgern. Daher forderte er auch insgesamt fünf Milliarden Euro mehr für die nächste Legislaturperiode. Rein rechnerisch wäre das ein Plus von 1,25 Milliarden Euro pro Jahr. Wobei der Zuschuss 2014/15 zunächst niedriger ausfallen soll. Denn gut vorbereitete Ausschreibungen benötigen Zeit.

Doch selbst mit den zusätzlichen Mitteln lösen sich die Infrastrukturprobleme nicht in Wohlgefallen auf. Deshalb hat Ramsauer eine Prioritätenliste angelegt. Absoluten Vorrang haben demnach bereits begonnene Bauprojekte. Die gelte es zu beschleunigen. An zweiter Stelle kommt für ihn die Instandhaltung der Infrastruktur. Erst dann sei der Aus- beziehungsweise Neubau an der Reihe. Damit der nicht zu kurz kommt, will der Minister Öffentlich-Private-Partnerschaften, sogenannte ÖPP-Projekte, weiter vorantreiben. Die Privatfinanzierung will Ramsauer dann nicht nur auf die Straße beschränken. "Was mit der Straße funktioniert, muss doch auch mit der Schiene möglich sein."

Vordringlicher Bedarf plus

Im Falle einer Wiederwahl muss sich Ramsauer auch des 2015 erscheinenden neuen Bundesverkehrswegeplans annehmen. Die bisher vorgenommene Kategorisierung zur Dringlichkeit einzelner Infrastrukturprojekte hält er für nicht ausreichend. Daher will er eine neue Klasse einführen: Vordringlicher Bedarf plus. In diese Klasse sollen Projekte kommen, bei denen ein extremer Engpass bestehe und bereits nachvollziehbares Baurecht herrsche. "Damit erreichen wir den allerhöchsten Grenznutzen", sagte Ramsauer.

Insgesamt gelte es, Verkehre zu bündeln und die Intermodalität voranzutreiben.

Er wendete sich allerdings gegen den Vorschlag von Wolfgang Thoma, Geschäftsführender Gesellschafter von Anso Logist, auf bestimmten Strecken Lang-Lkw mit bis zu 60 Tonnen fahren zu lassen, wenn es sich dabei um den Vor- beziehungsweise Nachlauf zum Kominierten Verkehr handelt. "Dann wird die politische Durchsetzbarkeit schwierig", urteilte Ramsauer mit Blick auf die ohnehin schon schwierige Situation beim Feldversuch. "Auch wenn es in den Ländern, die sich gegen den Feldversuch ausgesprochen haben, mittlerweile einfacher geworden ist, Streckenfreigaben zu erhalten", erzählte Ramsauer. Er geht daher von einem positiven Ergebnis des Feldversuchs aus.

Umweltschutz negiert die Verkehrsverlagerung

Auch dem LBS-Präsidenten liegt der Lang-Lkw am Herz. Doch nicht nur der. Auf Unmut stößt bei dem Spediteur etwa der Umstand, dass der angebliche Umweltschutz in vielen Fällen die Verkehrsverlagerung negiert. "Bei theoretischen Umfragen sind alle für Verkehrsverlagerung. Droht dann ein Infrastrukturprojekt für die Schiene oder das Binnenschiff in der eignen Region, sieht das auf einmal ganz anders aus", sagte Doll. Als Beispiel nannte er den Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen, wo im Namen des Umweltschutzes eine Staustufe verhindert wurde. Für die Architekten des Verkehrs eine Option weniger, um Transporte weg von der Straße zu bringen.

Die Mitgliederversammlung

Bei der Mitgliederversammlung des Landesverbands Bayerischer Spediteure (LBS) wurde entschieden, in die Satzung die Kontraktlogistik als gleichberechtigten Teilbereich aufzunehmen. Zudem erhöht sich der Mitgliedsbeitrag ab 2014 um vier Prozent, um die allgemeine Preissteigerung abzufedern. Des Weiteren standen Wahlen an. Per Direktwahl stimmten die anwesenden LBS-Mitglieder für Heinrich Doll (Landauer Transportgesellschaft), Jürgen Eberl (Eberl Intern. Spedition), Wolfgang Hinterberger (TKB-Spedition), Henning Mack (Kühne + Nagel), Rainer Pflaum (Spedition Pflaum) und Klaus Stäblein (Hans Geis).

16. Juli 2013

1

Autor: Carsten Nallinger

LESERBRIEFE

Der Kleine bezahlt

Zum Bericht „Betriebsrat kann Einsatz von Leiharbeitern verweigern“ vom 15. Juli

„Hier wird doch die Verantwortung wieder auf die Betriebsräte abgewälzt. Unsere Bosse können nach außen hin sagen, der Betriebsrat hat ja der Leiharbeit zugestimmt. Und zu den Arbeitnehmernvertretern sagen unsere sehr innovativen Manager: Wenn ihr der Leiharbeit nicht zustimmt, gehen wir ins Ausland. Das ist doch die Wahrheit an der ganzen Geschichte. Wie war die Geschichte damals vor zirka 2015 Jahren in Jerusalem mit dem Händewaschen in irgendwelcher Unschuld? So machen es jetzt unsere Politiker und die Richter folgen ihnen. Vielmehr müsste Leiharbeit verboten werden. Wenn man bedenkt, dass diese Menschen zum Teil noch bei der Agentur gegen Arbeit ihren Lohn aufstocken müssen und die Firmen ihre Gewinne dadurch noch mehr nach oben schrauben, frage ich mich: Was läuft hier falsch? Es bezahlt wieder der Klei-

ne. Wenn Leiharbeiter arbeitslos werden, müssen sie vom ersten Tag an Hartz IV beantragen, weil sie vorher zu wenig verdient haben. (...) Denken wir doch mal weiter. Was wird aus den Renten, wenn nicht genug eingezahlt wird? Was wird mit den Krankenkassenbeiträgen, wenn zu wenig eingezahlt wird? Was wird mit unseren Kindern, wenn man ihnen nur Schulden hinterlässt? Ich kann nur sagen, pfui Teufel, dass man so mit Menschen umgeht. Und ich frage mich: Wie lange werden solche Ignoranten, Tatsachenverdreher und Einlenker vor der Wirtschaft noch das Sagen haben? Mit solch Halblehrten ist auf Dauer kein Pokal zu gewinnen.“

*Fritz Fischl
Planitz*

Draufzahlgeschäft

Zum Bericht „Praktiker hofft auf Sanierungsplan“ vom 12. Juli

„20 Prozent auf alles, und das alle paar Monate. Jedem, der ein bisschen mitdenkt, sollte doch klar sein, dass Praktiker trotz solcher Aktionen noch etwas verdie-

nen will, ergo Grundpreise haben muss, die solche Rabatte vertragen. Eine uralte Grundregel lautet: „Rabatt, das lass dir sagen, wird vorher immer aufgeschlagen“. Günstiger Nebeneffekt für das Unternehmen ist dann noch, dass Kunden, getrieben von der Hoffnung, ein Schnäppchen zu machen, sich mit allerlei unnützen Sachen eindecken, die sie nie in ihrem Leben brauchen werden. Der Verbraucher zahlt also in der Regel immer drauf. Ich denke, das haben viele Kunden mit der Zeit auch gemerkt und daher konnte diese Strategie auf Dauer nicht funktionieren.“

*Bernd Jämsl
Neubüding*

Hilfe statt Attacken

Zu den Reaktionen auf das Interview mit Deggendorfs OB Christian Moser „So schnell gibt man seine Heimat nicht auf“ vom 6. Juli

„Liebe Naturschützer, was Natur und schützen anbelangt, bin ich voll auf eurer Seite. Ohne intakte Umwelt hat die Menschheit

auf Dauer keine Chance. So weit, so gut! Was aber Herr Kastei vom Stapel lässt, ist niveaulose Diffamierung und, pardon, unterste Schublade! Der BN haut verbal unter anderem auf OB Christian Moser ein, einen jungen Bürgermeister, der gerade mal wenige Monate Zeit hatte, sich in seinem Amt zu behaupten, als ihn die Flutkatastrophe eiskalt erwischt. Und dieser Mann hat gekämpft wie ein Löwe für seine Stadt, mit maximalem Erfolg, wie ich meine. Wenn der BN nun der Auffassung ist, die Schuld der Katastrophe ihm in die Schuhe schieben zu müssen, ist dies eine miese Attacke in die falsche Richtung. Wie lange schon geht der Rechtsstreit um Hochwasserschutz und Donauaustufen? 20 Jahre, 50 Jahre? Immer involviert: der BN! Und nun wird ein nagelneuer OB, der es wagt, auf Schwammerl und Biber verzichten zu können, abgewalzt (...). Werte Naturschützer, habt ihr noch Kontakt zur Realität? Und habt ihr eine Ahnung davon, welche große Hilfe ihr mit Schuldzuwei-

sungen für abgesoffene Flutopfer seid? Himmel, hilf zur Erkenntnis, dass aktive Hilfe wichtiger ist als solche Attacken! Auch der Homo sapiens ist Teil der Natur und hat im Notfall das Recht auf Schutz und Hilfe. Und noch ein Wort zum Schluss: Danke an alle, die spontan angepackt haben, weil Hilfe gebraucht war. Toll!“

*Christa Wallner
Deggendorf*

Überflüssig

Zur Berichterstattung über ein geplantes Heimatministerium in Bayern

„Unser Herr Ministerpräsident Horst Seehofer ist gerade daran, ein neues Heimatministerium zu gründen und möchte sich damit selbst ein Denkmal setzen. Davon hätte er auch nach den Landtagswahlen bei Bedarf einer Koalition mehrere Posten für Minister und Staatssekretäre zu verteilen. Diese „Masche“ ist zwar nicht neu und wurde auch in Bonn schon einmal gestrickt. Ein solches Ministerium (mit Anhang) kostet

den Freistaat aber viel Geld und ist überflüssig wie ein Kropf. Das Verkehrsressort jammert immer, dass die nötigen Mittel fehlen. Es gibt in Bayern viele Organisationen und Vereine, welche die bayerischen Traditionen ehrenamtlich pflegen und weiterentwickeln. Dafür brauchen wir keine Bürokratie (...).“

*Josef Wagner
Postmünster*

Leserbriefe sind Äußerungen des Verfassers und brauchen mit der Meinung der Redaktion nicht übereinzustimmen. Die Redaktion behält sich außerdem das Recht zu sinnwahren Kürzungen vor. Über Leserbriefe kann keine Korrespondenz geführt werden. Im Internet unter www.pnp.de können Briefe der PNP auch online kommentiert werden.

Adresse: Passauer Neue Presse, „Leserforum“, 94050 Passau.
Fax: 085 1/802547.
E-Mail: Leserforum@pnp.de.

Bundesinnenminister sichert erneut Hilfe zu

Zweiter Besuch in Fischerdorf – Fluthilfe-Verordnung bis 25. Juli fertig

Fischerdorf. Als Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich am 10. Juni Fischerdorf zum ersten Mal besuchte, standen viele Häuser noch unter Wasser. Gestern schaute sich der Bundespolitiker erneut in dem massiv zerstörten Stadtteil um. „Ich drücke die Daumen für den Wiederaufbau“, wandte er sich im Feuerwehrhaus an alle Fischerdorfer und versprach erneut rasche Finanzhilfe vom

Bund. Die Rechtsverordnung zur Verteilung der Fluthilfe sei so gut wie fertig. Als Termin nannte Friedrich den 25. Juli. „Wir haben das schon geregelt. Da wird kein Verzug mehr entstehen“, versicherte in diesem Zusammenhang auch MdB Barthl Kalb als Mitglied im Haushaltsausschusses des Bundestags.

Die unglaubliche Solidarität vieler freiwilliger Helfer und die Professionalität der

der reden in Sachen Fluthilfe mit: „Wir könnten uns das schon alles schneller vorstellen“, betonte Landrat Christian Bernreiter mit dem Verweis darauf, dass die bayerischen Programme bereits laufen. Doch Friedrich ist zufrieden mit dem Verlauf: „Beim Hochwasser 2002 hat es drei Jahre gedauert, bis die Verordnung fertig war.“

Lange nahm sich der Bundesinnenminister Zeit für Gespräche mit Fischerdorfer Feuerwehrleuten. Siegfried Pfeffer erläuterte, dass von 55 Aktiven 53 selbst schwer vom Hochwasser betroffen sind. „Für alle, die ihr Lebtage gearbeitet haben, ist es schwer, jetzt plötzlich ein Bittsteller zu sein“, schilderte Pfeffer die Lage, in der sich viele Fischerdorfer befinden. Fischerdorf sei derzeit eine Geisterstadt: „Es ist gespenstisch, wenn die Handwerker weg sind. Wir brauchen jetzt Zeichen, dass etwas vorwärts geht“, sprach er als Beispiel den Isardamm an, der derzeit gespundet wird. „Wir sind schwer getroffen“, wandte sich auch Alfons Berger an den Minister und schilderte eindringlich, wie die Feuerwehrleute die Katastrophe in ihrer Heimerlebten. – mic



OB Christian Moser begleitete den Innenminister ebenso wie Polizeioberst Mario Konjevic und Präsident Friedrich Eichele von der Bundespolizei (hinten), Dr. Fritz Helge Voß und Rudolf Skalitzyk vom THW.

16 Bundeslän-



Unternehmer Andre Fritz (v.l.), Alfons Berger, Siegfried Pfeffer und Dieter Traska von der Feuerwehr schilderten Barthl Kalb, Bernd Sibler, Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich und Christian Bernreiter ihre Lage.

– Fotos: Roland Binder

Aufmunterung aus der Hauptstadt

Innenminister Friedrich sagt Flutopfern bei Besuch in Fischerdorf Hilfe zu

Deggendorf. (pk) Fast alle 55 aktiven Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Fischerdorf sind selbst von der Hochwasserkatastrophe betroffen – umso größer war die Freude über den bereits zweiten Besuch von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich im „Epizentrum“ der Jahrhundertflut.

Der CSU-Politiker erneuerte sein Hilfsversprechen: „Die Menschen hier können sich darauf verlassen, dass ihnen geholfen wird.“ Stolz zeigte sich Friedrich über die „unglaubliche Solidarität“, die er in Deggendorf erlebt habe. Speziell von Bundespräsident Joachim Gauck, von dem Friedrich geradewegs nach Deggendorf kam, richtete der Minister Grüße aus. Gauck,

so Friedrich, habe immer an die Opfer der Flutkatastrophe gedacht und freue sich, wenn es wieder aufwärtsgehe.

Landrat Christian Bernreiter machte den von der Katastrophe betroffenen Menschen Hoffnung: Er verwies auf die Bundesaufbauhilfe, die bis zu 80 Prozent der Schäden übernehmen werde. Die Entscheidung solle am 25. Juli fallen. Auf dieses Datum blickten auch die Fischerdorfer mit Spannung.

„Des kriagn ma scho hi“

Wie tief bei manchem nach wie vor die Verzweiflung sitzt und wie weit entfernt von der Normalität die Zustände in Fischerdorf nach

wie vor sind, machte Feuerwehrler Siegfried Pfeffer deutlich: „Abends, wenn die Handwerker weg sind, ist das hier eine Geisterstadt.“ Viele Häuser müssen bis zurück auf den Rohbau entkernt werden, manche müssen abgerissen werden. Ein anderer Einwohner sagte: „Es gibt Familien, die nicht mehr hierbleiben wollen. Die Angst und Unsicherheit bei ihnen sind zu groß.“ Denn der neue Damm, der mehr Schutz bringt als der alte, könnte frühestens in zwei Jahren fertig sein. Dass nun mit der Verbesserung des bestehenden alten Dammes begonnen worden sei, sei für viele ein Zeichen der Hoffnung, so Siegfried Pfeffer. Landrat Bernreiter meinte optimistisch: „Des kriagn ma scho hi.“



Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (4.v.r.) im Gespräch mit Fischerdorfer Feuerwehrmännern, die fast alle auch selbst von der Flutkatastrophe betroffen waren. Mit dabei waren auch Landrat Christian Bernreiter (2.v.r.), Bundestagsabgeordneter Barthl Kalb (M.) und Bayerns Kultusstaatssekretär Bernd Sibler. (Foto: pk)



Ihr Standort: BR.de Nachrichten Unterfranken Auf Main und Donau

Auf Main und Donau

Streiks an den Schleusen gehen weiter

Der Streik der Schleusenwärter an Main und Donau geht am Dienstag (16.07.13) weiter. Schon in der vergangenen Woche waren zwischen Bamberg und Aschaffenburg viele Schleusen nicht besetzt gewesen. Auch die Schifffahrt auf der Donau war zum Erliegen gekommen.

Stand: 16.07.2013



Mit Beginn der Frühschicht wurde am Dienstag der Streik wieder aufgenommen werden. Nach Auskunft des stellvertretenden Landesbezirksleiters von Verdi Bayern, Norbert Flach, werden Schleusen an Main, Donau und im Main-Donau-Kanal erneut bestreikt.

Main-Schleusen werden nicht bedient

An den unterfränkischen Main-Schleusen beteiligen sich rund 90 Prozent der Mitarbeiter des Wasser- und Schifffahrtsamtes Schweinfurt, sagte am Dienstag der Schweinfurter Verdi-Beauftragte Sinan Öztürk. An den Schleusen in Harrbach und Haßfurt ruhe derzeit der Verkehr. In Volkach, Marktbreit und Würzburg arbeite am Vormittag jeweils ein Beamter, der nicht streiken dürfe. Deshalb werde dort der Verkehr erst nach der Früh-Schicht zum Erliegen kommen. Ab 11.00 Uhr ist eine Informationsveranstaltung für die Main-Schleuser auf dem Hafengelände Schweinfurt geplant.

Schleusenwärter an der Donau streiken

An der Donau werden Schleusen wie etwa bei Regensburg, Bad Abbach, Geisling und Straubing, Kachlet und Jochenstein nicht oder nur eingeschränkt bedient. Auch die Wasserbauer sind nicht unterwegs, die bei Havarien helfen. Wie lange gestreikt wird, ist noch unklar. In Regensburg ist gegen 13.00 Uhr ein Protestzug durch die Innenstadt zum Gewerkschaftshaus mit Kundgebung geplant, an der auch die Beschäftigten der Wasser- und Schifffahrtsämter Nürnberg, Deggendorf und Passau teilnehmen. Das Wasser- und Schifffahrtsamt in Regensburg ist eines der Ämter, die auf der Kippe stehen. Die Gewerkschaft

fordert hierfür einen Schuthtarifvertrag.

Schiffe hingen über Tage fest

Schon in der vergangenen Woche waren zeitweise 76 Schiffe vor Main-Schleusen fest gehangen. Die Situation war unübersichtlich und wechselte von Schicht zu Schicht, denn Beamte dürfen nicht streiken. Standen sie im Dienstplan, waren einige Schleusen zeitweise wieder offen. Zudem hatten sich nicht alle Beschäftigten der Wasser- und Schifffahrtsverwaltungen dem Streikaufruf von Verdi angeschlossen.

Auch der Schiffsverkehr auf der Donau wurde in der vergangenen Woche zum Erliegen gebracht, bestätigte der Leiter des Regensburger Wasser- und Schifffahrtsamtes, Rolf Dieler. Unklar ist, wie viele Schiffe in den bayerischen Donauhäfen zwischen Passau und Regensburg festgingen. Rund 100 Mitarbeiter der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung waren an der Donau in einen unbefristeten Streik getreten. Bestreikt wurden laut Verdi Dienststellen in Passau, Deggendorf, Straubing, und Regensburg. Am vergangenen Dienstag kamen rund 120 Mitarbeiter zu einer zentrale Kundgebung in Straubing.

Gewerkschaft will Stellenabbau verhindern

Mit den Aktionen will Verdi gegen die geplante Streichung von bundesweit etwa 2.500 Jobs bei der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung protestieren. Die Gewerkschaft forderte zudem Tarifverhandlungen ohne Bedingungen der Arbeitgeber, so Norbert Flach von Verdi Bayern. Im Freistaat arbeiten etwa 1.500 Beschäftigte bei der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung.

Verärgerung bei Reedern und Binnenschifffern

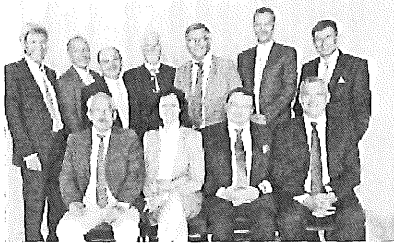
Der Bundesverband der Deutschen Binnenschifffahrt (BDB) reagiert massiv verärgert. Verdi sei mit den Streiks weit über das Ziel hinaus geschossen. Gerade nach der Hochwasserkatastrophe hätte der Streik die verladende Wirtschaft zu einem äußerst sensiblen Zeitpunkt getroffen.

"Seit zwei Jahren wird die Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung auf dem Rücken der Logistikbranche ausgetragen, insbesondere in der Güter- und Fahrgastschifffahrt."

BDB-Präsident Georg Hötte

Laut Verdi haben alle Mitarbeiter, die mit der Bewältigung der Flutfolgen befasst sind, weiter gearbeitet. Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung geht mittlerweile von einem mehrwöchigen Streik aus.

15.07.2013 | Transport + Logistik

LBS: Heinrich Doll wiedergewählt

Die neue Führungsmannschaft des LBS (obere Reihe von links): M. Stolzenberger, R. Kuhn, E. Erdmann, J. Eberl, R. Pflaum, K. Stäblein, H. Mack sowie (vordere Reihe von links): W. Hinterberger, Geschäftsführerin E. Brenner, H. Doll, M.-J. Fichtl

Rottach-Egern. Heinrich Doll ist als Präsident des Landesverbandes Bayerischer Spediteure (LBS) wiedergewählt worden. Das Präsidium bestätigte den Geschäftsführer der Landauer Transportgesellschaft Doll KG (LTG) für zwei weitere Jahre im Amt. Auf der Jahrestagung des Verbandes am Freitag wurden als Vizepräsidenten Wolfgang Hinterberger (TKB-Spedition) und Manfred-Jürgen Fichtl (Fichtl Logistik-Services GmbH) ebenfalls wiedergewählt.

Weiterhin gehören dem neuen Präsidium an: Jürgen Eberl (Eberl Internationale Spedition), Eberhard Erdmann (SDV Geis GmbH), Thomas Kneissl (A-Z Umzüge F. Strohmann), Roland Kuhn, (Deutsche Transport Companie GmbH & Co. KG), Henning R. Mack (Kühne + Nagel), Rainer Pflaum (Spedition Pflaum GmbH), Klaus Stäblein (Hans Geis GmbH & Co.) und Max Stolzenberger (Dachser GmbH & Co.KG).

Doll hatte vor den Mitglieder angesichts des schlechten Zustands der Infrastruktur eine Abkehr von reinen Länder- oder Kommunalinteressen im Infrastrukturausbau und -erhalt gefordert: „Wichtig ist die Konzentration auf ein leistungsfähiges Kernnetz und eine damit verbundene Priorisierung künftiger Verkehrsprojekte nach Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten.“ Der mittlerweile bundesgeforderte Erhalt vor Neubau löse bei der Speditions- und Logistikwirtschaft zwar keine Begeisterung aus, sei aber angesichts der bestehenden Finanzengpässe bedauerlicherweise Realität. „Auch wenn wir mit Blick auf die bestehenden Verkehrsprognosen dringend einen Ausbau aller Verkehrsträger brauchen, steht an oberster Stelle jedoch der Erhalt der bisherigen Infrastruktur“, sagte Doll.

Doll fordert den Ausbau der Donau und die dritte Startbahn am Flughafen München

Vier zentrale Forderungen richtete Doll an die Politik: Zum einen soll das bisherige Straßennetz auf jeden Fall erhalten werden, notfalls saniert und der Ausbau weiter vorangetrieben werden. Zum zweiten forderte Doll, den Schienengüterverkehr durch Kapazitätserweiterungen für Verkehrsverlagerungen im Fernverkehr attraktiver zu gestalten. Für Bayern nannte er die Modernisierung und Elektrifizierung der Strecke Hof-Regensburg sowie der Schienenstrecke ins Chiemedreieck. Zudem sei der Donauausbau in Bayern voranzutreiben, „sonst werden langfristige Standortentscheidungen gegen Industriestandorte entlang der Donau getroffen und Investitionen zurückgestellt“, so Doll. Und als Viertes forderte er, den Bau der dritten Startbahn am Flughafen München zu forcieren, um die Chance der Markterschließung Richtung Osten zu forcieren. (cd)

15. Juli 2013 17:23 Wahlprogramm der CSU

Wendig, wattig, wandelbar

Ein Kommentar von Mike Szymanski

Endlich hat auch die CSU ihr Programm vorgelegt. Daraus lernen wir: Seehofers Bayernplan ist wie Seehofer. Sehr wendig. Nichts darin ist wirklich konkret. Alles Taktik? Mit Sicherheit.

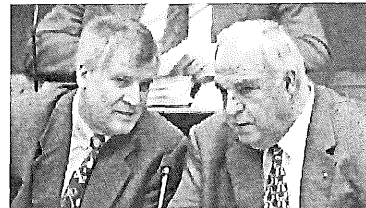
Jetzt hat auch endlich die CSU ihr Programm für die Landtagswahl vorgelegt. "Bayernplan" heißt das Manuskript. Und man stellt fest: Personen und Inhalte passen in dieser Partei tatsächlich momentan gut zusammen.

Horst Seehofers Bayernplan ist wie Seehofer. Sehr wendig, was die Politik angeht. Und vor allem ist auf den nur 25 Seiten nichts so konkret formuliert, als dass es morgen nicht schon wieder ganz anders gedeutet werden könnte.

Niemand soll am Wahltag 15. September wirklich einen Grund finden, warum er nicht wieder bei der CSU sein Kreuz machen könnte. Natürlich strebt Seehofer nach der Rückkehr zur Alleinregierung. Sein Auftrag war nie, die CSU an eine Koalition zu gewöhnen.

In wenigen Jahren hat er den Ballast von Jahrzehnten über Bord geworfen. Die Zeiten einer CSU-Betonpolitik sind vorbei, in wirklich jeder Hinsicht: Ganztagsschulen - erwünscht! Donauausbau - nur noch sanft! Frauenförderung - muss die CSU erfunden haben, so der Eindruck. Selbst in der Asylpolitik lässt die CSU mal locker, neuerdings gilt Menschlichkeit vor Abschreckung.

Alles Taktik? Mit Sicherheit. Seehofer hat keinen Plan für Bayern vorgelegt, sondern nur einen für die Zeit bis zum Wahltermin im September. Das Gute daran ist: In zwei Monaten hat Seehofer die Gewissheit, ob sein Plan aufgegangen ist. Wenn nicht, sind beide schnell verschwunden: Seehofer und sein Bayernplan.



Die Karriere von Horst Seehofer **Einzelkämpfer mit Machtinstinkt**

URL: <http://www.sueddeutsche.de/bayern/wahlprogramm-der-csu-wendig-wattig-wandelbar-1.1722255>

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ vom 16.07.2013

Hochwasserschutz

Für einen schnell verbesserten Hochwasserschutz tritt die CSU Niederbayern ein. Der Bezirksparteitag in Straubing beschloss eine Resolution mit dem Titel „Schutz für Mensch und Land“. Die CSU fordert darin eine zügige Verwirklichung des mit der EU-Projektstudie bereits geplanten Hochwasserschutzes entlang der Donau. „Jetzt müssen Bagger rollen“, sagte der Bezirksvorsitzende Manfred Weber. Zudem müsse nun der Menschen- schutz Vorrang vor dem Natur- schutz haben.

Die CSU erwartet eine effiziente Hilfe für die vom Hochwasser Ge- schädigten. Dabei müsse es fair zu- gehen. Die Überflutungsflächen müssten erweitert, Wasserwirt- schaftsämler gestärkt und die Hochwasserprognosen verbessert werden. Kritisch wird die Bedro- hung der Deiche durch den Biber gesehen. Ein Abschuss müsse mög- lich sein. Ebenso müsse ein wirksa- mes Mittel gegen den Hochwasser- tourismus gefunden werden.

Der Antrag des Mittelstandsvor- sitzenden Peter Erl wurde an den Bezirksvorstand zur Beratung ver- wiesen. Der Antrag sieht vor, einen Gesetzentwurf herbeizuführen, der die Verschwendung öffentlicher Gelder unter Strafe stellt. -hü-

LESERBRIEFE

Gipfel der Dreistigkeit

Zum Artikel „Hochwasserschutz: Jetzt soll es schnell gehen“ vom 12. Juli:

„Jetzt soll es auf einmal schnell gehen. Das ist seltsam: warum hat denn der Hochwasserschutz in den vergangenen zehn Jahren stagniert? Doch nicht wegen Klagen um jeden Käfer, wie der Herr Landrat befindet, sondern, weil kein Planfeststellungsverfahren eingeleitet worden ist. Und warum wurde es nicht eingeleitet? Weil ohne Not Donauausbau und Hochwasserschutz miteinander verknüpft wurden. So wurden aus politischem Kalkül Leben und Eigentum der Menschen gefährdet. Man möchte den Herrn Landrat, Vertreter der niederbayerischen CSU, des Wasserversorgungsamtes und der RMD fragen, ob sie noch immer für die geplante und von ihnen favorisierte Staustufe bei Mühltam wären. Mit dieser Staustufe wären die Hochwasserfolgen noch weit dramatischer ausgefallen als sie ohnehin sind. Dass man versucht, vom eigenen Versagen abzulenken, mag menschlich nachvollziehbar sein: der Versuch, nun dem

Bund Naturschutz die Verantwortung für Verzögerung und Versagen zuzuschreiben, das ist ein Gipfel an Dreistigkeit.“

Georg Hetges
Mariaposching

Ja zu Mindestlohn

Zum Bericht „SPD + Grüne = Mindestlohn“ vom 12. Juli:

„Der Vorstoß von Rot-Grün führt in die richtige Richtung. Denn erstens gibt es, auch wenn an vielen Universitäten fälschlicherweise immer noch das Gegenteil gelehrt wird, keinen stichhaltigen wissenschaftlichen Nachweis dafür, dass ein Mindestlohn Jobs vernichtet. Und zweitens indizieren immer kreativere Modelle beim Lohndumping, wie etwa die selbst bei vielen namhaften Firmen boomenden Werksverträge, dass sich die Moral in der deutschen Wirtschaft gewaltig auf dem Rückzug befindet, weswegen es eine feste Untergrenze geben muss, und man gerade vor dem Hintergrund christlicher Werte die Maxime der Opposition nur begrüßen kann!“

Rasmus Ph. Heit
Hamburg

Sind wir alle NSA?

Zu den Berichten über die NSA-Ablhör-Affäre vom 15. Juli:

„Ehrlich – Sie schalten den Computer ein und wollen aktuelle Wetterdaten. Die Satelliten sind selbstverständlich da für Sie. Ihr Bekannter fliegt gerade in Urlaub. Kein Problem. Auf Flightradar 24 können Sie genau verfolgen, wo der Flieger – in welcher Höhe und über welchem Ort – er sich gerade befindet. Das geht auch bei Schiffen. Und wollen Sie dann noch die Adresse eines Unbekannten erfahren, gibt's im Internet genügend Möglichkeiten. Freunde orten per GPS – ein aktuelles Hobby. Privatdrohnen für aktuelle Fotos gibt's auch schon. Was erwarten Sie eigentlich von einem Geheimdienst? Dass der weniger kann als wir alle als Zivilisten sowieso schon dürfen? Sicherheitsbehörden sollen kein Staat im Staate sein, aber Garant unserer Freiheit und Demokratie. Zwangsläufig müssen sie mehr können und wissen. Es muss einem Geheimdienst erlaubt sein – zu unserer Sicherheit – auch unkonventionelle Instrumentarien zu nutzen. Das soll-

te auch in unser aller Interesse sein. Die aktuelle Diskussion ist teilweise heuchlerisch, sind wir doch mit den Amerikanern durch große Dankbarkeit in der Nachkriegszeit verbunden. Doch junge Menschen, die sich nicht einmal mehr an die Zustände des Kalten Krieges und der Teilung Deutschlands erinnern, ist es schwer zu vermitteln, dass nach dem Kriege aus der Organisation Gehlen der Bundesnachrichtendienst in enger Zusammenarbeit mit den amerikanischen Besitzern – den künftigen Partnern und späteren Freunden – entstanden ist. Bekannt ist auch die massive Stationierung unserer amerikanischen Freunde in Bayern, der Schutzmacht an vielen Standorten Bayerns, selbstverständlich mit eingegliederten Diensten. Gemeinhin von Politik und Bevölkerung. Wertvolle Wirtschaftskraft für Regionen. Auch das gilt es zu bedenken. In Zeiten von Cyber-Crime – das uns alle betreffen kann – ist es mehr als notwendig, den Behörden, die für unsere Sicherheit verantwortlich sind, die Instrumentarien an die Hand zu geben, die notwendig sind, um unsere Arbeitsplätze, den

Frieden und unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Lassen wir uns nicht täuschen: Es genügt nicht, mit der Sonnenblume zu winken, um Aggressoren zu erschrecken. Außerdem sind wir selbst verantwortlich dafür, was wir in Social networks und im Internet einstellen und von uns preisgeben. Auch wir haben Verantwortung für unser Tun und Handeln und können nicht Andere dafür verantwortlich machen, dass so manches ans Tageslicht kommt, was vielen von uns vielleicht nicht gefallen mag oder peinlich sein könnte.“

Wolfgang K. Hirschmann
Bad Griesbach

Der Kreis schließt sich

Leserbrief zum Bericht „An Mozart arbeitet man sein ganzes Leben“ vom 11. Juli:

„Bei dem PNP-Gespräch über W. A. Mozart fasst die Klarinetistin Sabine Meyer weniger bekanntes Repertoire für ihr Instrument zusammen unter „einiges andere“. Hier genauer hinzuschauen lohnt sich! youtube hilft beim Entdecken: Sie hat z.B. Klarinettenkon-

zerte von Carl Stamitz (1745 bis 1801) aufgenommen, einem echten Meister, der zur Mannheimer Schule gehörte. Diese gab der Musik damals starke Impulse und wurde von Mozart – der Kreis schließt sich – sehr geschätzt. Einige seiner Werke lassen deutlich ihre Einflüsse erkennen – Stichwort „Sinfonia concertante“.“

Hans Brichla
Passau

Leserbriefe sind Äußerungen des Verfassers und brauchen mit der Meinung der Redaktion nicht übereinzustimmen. Die Redaktion behält sich außerdem das Recht zu sinnwahrenden Kürzungen vor. Über Leserbriefe kann keine Korrespondenz geführt werden. Im Internet unter www.pnp.de können Berichte der PNP auch online kommentiert werden.

Adresse: Passauer Neue Presse, „Leserforum“, 94030 Passau.
Fax: 0851/802547.
E-Mail: Leserforum@pnp.de.

Für Seehofer ist Niederbayern eine „problemlose Zone“

CSU-Parteivorsitzender spricht beim CSU-Bezirksparteitag von einer Zukunftsregion – Resolution zum Hochwasserschutz – 99,5 Prozent für Weber

Von Walter Schöttl

Straubing. Auf die Wahlen im Herbst und auf Zukunftsthemen konzentrierte sich die niederbayerische CSU bei ihrem Bezirksparteitag am Samstag in der Straubinger Fraunhofer-Halle, wo Bezirksvorsitzender Manfred Weber bei seiner Wiederwahl mit 99,5 Prozent der Delegiertenstimmen einen überwältigenden Vertrauensbeweis erhielt. Parteivorsitzender Horst Seehofer bescheinigte Niederbayern eine rasante Entwicklung. Und für die neue Legislaturperiode kündigte er die Gründung eines neuen Ministeriums an, das die gleichgewichtige Entwicklung aller Regionen sicherstellen soll (siehe S.1). Der Bezirksparteitag verabschiedete zudem eine Resolution zum Hochwasserschutz.

Von dem nicht immer stressfreien Verhältnis zwischen dem CSU-Vorsitzenden und seinen niederbayerischen Parteifreunden war am Samstag nicht viel zu spüren, wenngleich der Empfang für Seehofer und der Beifall nach seiner einstündigen Rede nicht gerade euphorisch, eher freundlich ausfiel. Seehofer begab sich unüberhörbar auf Schmuskurs. Aber er appellierte auch an Geschlossenheit und Disziplin.

Seehofer: Weber kann noch höher steigen

Der Parteichef lobte die „Macher“, die Niederbayern „von der Aufsteigerregion zur Zukunftsregion“ zu einer „problemlosen Zone“ geführt hätten: Allen voran Bezirkschef Weber („Der hat die letzte Stufe seiner Karriere noch nicht erreicht“), über die Bundes- und Landtagsabgeordneten (zu Erwin Huber: „Wir haben uns vernünftig aufeinander eingespielt“) bis hin zu Landrat Christian Bernreiter, der sich als Leader in der Flutkatastrophe erwiesen habe. Und Seehofer vergaß auch die Bezirks- und weitere Kommunalpolitiker nicht. Bayern stehe so stark und mächtig da wie noch nie, so Seehofer: „Die Steuerquellen sprudeln, die



Der neue engere Bezirksvorstand der CSU Niederbayern mit (v.l.) Staatssekretär Bernd Söbke, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr, Landtags-Fraktionsvize Ressel Sem, CSU-Bezirksvorsitzendem Manfred Weber, Landrat Franz Meyer sowie Staatsminister Helmut Brunner.

— Fotos: Schöttl

Wirtschaft prosperiert, unser Kompass stimmt.“ Die Jugendarbeitslosigkeit finde nicht mehr statt, nirgendwo gebe es für junge Leute eine so gute Zukunft wie in Bayern. „Rot-Grün geht mit der Ankündigung in den Wahlkampf, Steuern zu erhöhen und neue zu erheben,

das ist organisierte Arbeitsplatzvernichtung“, so der Parteichef, der auch nicht mit Kritik an Europa sparte. Der Anschlag Trinkwasser-Liberalisierung sei abgewehrt, die CO₂-Überlegung der Kommission, die die Zukunft der Autoindustrie in Frage stellten, verschoben.

Der neue CSU-Bezirksvorstand

Bei den turnusmäßigen Neuwahlen wurde der Abgeordnete des Europa-Parlaments, **Manfred Weber**, mit 181 der gültigen 182 Stimmen als Bezirkschef bestätigt. Die ebenfalls wiedergewählten stellvertretenden Bezirksvorsitzenden **Landrat Franz Meyer** (Passau) und **Oberbürgermeister Markus Pannermayr** (Straubing) brachten es sogar auf 100 Prozent. **MdL Bernd Söbke** (Deggendorf) auf 97,7 Prozent und **MdL Ressel Sem** (Rottal-Inn) auf 91,5 Prozent.

Zu Schatzmeistern gewählt wurden **Manfred Hölzlein**, BT-Präsident, sowie **Klaus Fiedler**. Schriftführer sind **Petra Loibl** und **Karlheinz Roth**.

Das Vertrauen als Beisitzer erhielten: **Hans Brennstetter**, Dr. **Stefan Ebner**, **Andrea Fritz**, **Elke Grabler**, **Marina Hammerl**, **Bartholomäus Kalb**, **MdB Raimund Kneidinger**, **Josef Kohlpaintner**, **Hans Koller**, **Hannelore Langwieser**, **Helmut Maier**, **Christine Moser**, **Dr. Christian Moser**, **OB Edeltraud Plattner**, **Hans Ritt**, **PSI Dr. Andreas Scheuer**, **MdB Rudolf Schnur**, **Alois Schmaufstetter**, **Werner Straubinger**, **Walter Tauenbender**, **MdL Margret Tuchen**, **Manuela Wagenbauer**, **Cornelia Wasner-Sommer**, **Helga Weinberger**, **Dr. Bianca Wildfeuer**, **Godrun Zollner**. Die Kreisvorsitzenden werden kraft Amtes in den Bezirksvorstand kooptiert.

ben. „Europa soll sich überlegen, wie es Wachstum generiert und nicht Arbeitsplätze vernichten.“

Kritik übte er mit Blick auf die Einteilung der künftigen regionalen Fördergebiete am sozialistischen EU-Wettbewerbskommissar **Joaquín Almunia**. „Wir werden alles tun, dass diese Fehlentscheidung korrigiert wird“, so der Parteichef. Auf bayerischer Seite müsse es zumindest einen Sonderge-

Sonderregelung für Bayerwald gefordert

bietspfad geben, „damit Betriebe ihre Produktion nicht von Bayern nach Tschechien verlegen.“ Vor allem für den Bayerischen Wald müsse eine Abgrenzung gefunden werden, damit die Strukturpolitik dort positiv weitergeführt werden könne: „Es ist nicht auszudenken, wenn ein Betrieb Arbeitsplätze schaffen will, und wegen einer technischen Abgrenzung nicht gefördert wird.“

Seine Partei warnte Seehofer vor zu viel Selbstzufriedenheit. „Wir müssen auf dem Teppich bleiben“, sagte der CSU-Vorsitzende.



CSU-Parteichef Horst Seehofer sagte in Straubing: „Unser Kompass stimmt.“

Wie eingangs schon Bezirksvorsitzender Weber, ging Seehofer auch auf das Hochwasserthema ein. Beide lobten die „noch nie dagewesene Solidarität der Menschen in ganz Bayern“ und den „selbstlosen Einsatz der Helfer“.

Die Wiederaufbauhilfe, so versprach Seehofer, werde kräftig, großzügig und unbürokratisch abgewickelt. Außerdem werde man beim technischen und naturnahen Hochwasserschutz so schnell wie möglich handeln: „Ermuss noch in diesem Jahrzehnt realisiert werden, dafür gibt es mehr Personal für die Planung und mehr Geld.“

Der Bezirksparteitag beschloss dann die Resolution zum Hochwasserschutz „Schutz für Mensch und Land“. Die CSU fordert darin eine zügige Verwirklichung des mit der EU-Projektstudie bereits geplanten Hochwasserschutzes entlang der Donau. „Jetzt müssen Bagger rollen“, sagte Bezirksvorsitzender Weber. Zudem müsse nun der Menschenschutz Vorrang vor dem Naturschutz haben.

Die CSU erwarte eine effiziente Hilfe für die vom Hochwasser Geschädigten. Heißt es in der Resolution weiter. Dabei müsse es fair zugehen. Die Überflutungsflächen

müssten erweitert, die Wasserwirtschaftsämter gestärkt und die Hochwasserprognosen verbessert werden. Kritisch wird die Bedrohung der Deiche durch den Elber gesehen. Ein Abschluss müsse möglich sein. Ebenso müsse ein wirksames Mittel gegen den Hochwasserrisikosturm gefunden werden. Eingeführt in die Resolution hatte Deggendorfs Landrat **Christian Bernreiter**. Sie wurde einstimmig angenommen.

Bezirkschef Weber sah in seiner Rede die niederbayerische CSU auf dem Vormarsch: „Derzeit haben wir 19 500 Mitglieder mit steigender Tendenz, allein in den letz-

40 000 neue Jobs in letzten zehn Jahren

ten sechs Monaten gab es ein Nettoplus von 130 Mitgliedern.“ Aber auch Niederbayern sah er auf dem „Sprung an die Spitze“. Allein in den letzten zehn Jahren seien etwa 40 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze neu geschaffen worden, bei der Lohnentwicklung habe es in den letzten fünf Jahren ein Plus von elf Prozent gegeben.

Die Straßen-Infrastruktur sei u. a. für 512 Millionen Euro verbessert worden. „Wir sind beim Breitband angekommen und haben an den innovativen Hochschulstandorten wie Passau, Deggendorf, Landshut und Straubing investiert“, bilanzierte Weber.

Im Zukunftsprogramm stehe der Ausbau Niederbayerns zur Familien- und Kulturregion im Vordergrund, wobei man vor allem auch auf die 250 000 Niederbayern zähle, die älter als 60 seien: „Wir brauchen Ihr Engagement vor Ort, wir müssen die demografische Entwicklung nicht als Problem, sondern als Chance begreifen“, meinte Weber. Zur Steigerung der Attraktivität müsse es auch möglich sein, Hochkultur nach Niederbayern zu holen. „Wir müssen am Selbstbewusstsein arbeiten. Niederbayern als das bessere Bayern, als eigenständiges Kraftzentrum sehen“, sagte der CSU-Bezirksvorsitzende.

14.07.2013 Straubing

Hochwasserschutz an der Donau: "Jetzt müssen Bagger rollen"



Foto: CSU

Am Samstag fand in Straubing der Bezirksparteitag der CSU Niederbayern statt.

„Auf dem Sprung an die Spitze“ sieht die CSU die Entwicklung Niederbayerns. Beim Bezirksparteitag forderte der wiedergewählte Bezirksvorsitzende Manfred Weber seine Partei auf, sich konsequent mit Zukunftsthemen zu beschäftigen. „In Niederbayern schlägt das Herz Bayerns. Wir packen hier die Themen an, die uns nach vorne bringen“, sagte Weber in seiner Rede. Der Europaabgeordnete und Fraktionsvize der EVP im Europäischen Parlament stellte heraus, wo die CSU in den vergangenen Jahren Erfolge erzielt habe. So seien die Hochschulen stark ausgebaut worden, die Menschen verdienten mehr und in den Arbeitslosenstatistiken sei der Regierungsbezirk regelmäßig an der Spitze in Bayern. „Jetzt wollen wir Niederbayern zur Familien- und Kulturregion ausbauen“, forderte Weber.

Parteichef und Ministerpräsident Horst Seehofer betonte, Niederbayern habe sich „von der Aufsteigerregion zur Zukunftsregion weiterentwickelt“. Sowohl hier wie auch in Bayern könne die CSU „eine hervorragende Bilanz“ vorweisen. Der Bezirksverband habe wesentlich zum aktuellen Stand der CSU beigetragen. Seine Partei warnte Seehofer jedoch vor zu viel Selbstzufriedenheit. „Umfragen sind Momentaufnahmen. Wir müssen auf dem Teppich bleiben“, sagte der CSU-Vorsitzende.

Der Bezirksparteitag in Straubing beschloss zudem einstimmig eine Resolution mit dem Titel „Schutz für Mensch und Land“. Die

CSU fordert darin eine zügige Verwirklichung des mit der EU-Projektstudie bereits geplanten Hochwasserschutzes entlang der Donau. „Jetzt müssen Bagger rollen“, sagte Weber. Zudem müsse nun der Menschenschutz Vorrang vor dem Naturschutz haben. Die Überflutungsflächen müssten erweitert, Wasserwirtschaftsämter gestärkt und die Hochwasserprognosen verbessert werden. Kritisch wird die Bedrohung der Deiche durch den Biber gesehen. Ein Abschuss müsse möglich sein. Ebenso müsse ein wirksames Mittel gegen den Hochwassertourismus gefunden werden.

Bei der Wahl des Bezirksvorstands wurde Weber mit 99,5 Prozent in seinem Amt als Bezirksvorsitzender bestätigt. Seine Stellvertreter, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr (100%), Passaus Landrat Franz Meyer (100%), Landtagsfraktions-Vize Reserl Sem (91,3%) und Staatssekretär Bernd Sibler (97%), erhielten ebenfalls hervorragende Ergebnisse.

Autor: pm

© wochenblatt.de

<http://www.wochenblatt.de//nachrichten/straubing/regionales/Hochwasserschutz-an-der-Donau-Jetzt-muessen-Bagger-rollen;art1169,188886>

LESERBRIEFE

Sündenbock gesucht

Zum Interview mit Deggendorfs OB Christian Moser „So schnell gibt man seine Heimat nicht auf“ vom 6. Juli:

„Dass bei uns die Deiche etwa einen Meter zu niedrig und unsicher sind, ist seit Jahrzehnten bekannt. Trotzdem ist wenig geschehen, um die Situation zu verbessern. Der Deggendorfer Oberbürgermeister Moser erweckt im Interview den Eindruck, dass vor allem ‚Einwendungen‘ – und hier vor allem von Seiten des Naturschutzes – für Verzögerungen verantwortlich seien. Das ist falsch, wie wir bereits in einem offenen Brief an den Vorsitzenden der CSU Niederbayern, Manfred Weber, dargestellt haben (siehe www.bn-deggendorf.de). Entweder weiß Herr Moser das (dann sollte er das sagen) oder er weiß es nicht, dann sollte er sich jedoch erst einmal informieren, bevor er Unterstellungen in die Welt setzt. Es war und ist zum Beispiel

nicht richtig, dass ‚wegen jedem Schwammerl‘ der Damm verschoben werden muss. Pilze wurden im Zusammenhang mit Deichbauprojekten noch nie untersucht, dies wurde auch noch nie verlangt, und erst recht musste deshalb noch nie eine Deichtrassierung verändert werden. Auch der für Fischerdorf geplante neue Deich scheiterte bisher nicht an Schwammerln oder am Naturschutz. Wenn für dieses Projekt trotz vorliegender Konsens-Trasse bisher kein Planfeststellungsverfahren eingeleitet wurde, dann ist dafür nicht ‚der Naturschutz‘ zuständig, sondern das Landratsamt Deggendorf. Das Hauptproblem bestand und besteht nicht in ‚Einwendungen‘, sondern darin, dass die bayerische Staatsregierung – und vorndran immer die CSU Niederbayern – jahre- und jahrzehntelang den Donauausbau mit dem Hochwasserschutz verknüpft hat und trotz anderslautendem Bundestagsbeschluss (im Jahr 2002) stur an ihren

Staufstufenplänen festgehalten hat. Die Vertreter der Regierungspartei haben dabei unter anderem das Votum von mehr als 15 000 Bürgern und Bürgerinnen ignoriert, die zum Raumordnungsverfahren im Jahr 2005 die Trennung von Hochwasserschutz und Donauausbau gefordert haben. Wenn Manfred Weber, Christian Moser und andere heute den Naturschutz, den Biber oder ‚Schwammerl‘ zum Sündenbock machen wollen, dann steckt dahinter nichts anderes als der Versuch, von der eigenen Verantwortung abzulenken.“

*Georg Kestel
1. Vorsitzender*

*Bund Naturschutz in Bayern e.V.
Kreisgruppe Deggendorf*

Gefälschte Zahlen

Zum Bericht „Geldgeber setzen Akten mit Ultimatum unter Druck“ vom 10. Juli:

„Bis Ende Juli müssen die ersten

4200 Mitarbeiter von der öffentlichen Verwaltung in eine ‚Beschäftigungsgesellschaft‘ wechseln. Die Finanzmittel dieser Gesellschaft kommen wieder aus den künftigen weiteren Milliarden-Hilfen. Desweiteren wird ein Großteil der sogenannten Einsparungen durch die Ruhestandsbezüge der restlichen ‚Abgebauten‘ wieder aufgebracht. Es gibt also keine Einsparungen und schon gar keine Fortschritte. So wird mit Lügen, gefälschten Zahlen und unfähigen Entscheidungsträgern der Eurogruppe und des IWF der Sumpf weiter genährt.“

*Franz Wiesbauer
Tiefenbach*

Kampf für die Moral

Zum Bericht „Enzyklika ruft Kirche zum Handeln auf“ vom 6. Juli:

„Weil ein Mensch, der sich mit Jesus einlässt, ganz und gar den Sinn des Lebens begreifen darf, ist

es für uns Christen ein unglaublich gutes Gefühl, wenn man sieht, dass nun zwei Stellvertreter Gottes für die Wiederherstellung von Moral und Lebenswerten kämpfen. Wir sollten alle bedenken, dass aus der Blüte wie der Mensch sein Leben gestaltet die entsprechende Frucht erwachsen wird.“

*Theresa Mählbauer
Filsteneck*

Leserbriefe sind Äußerungen des Verfassers und brauchen mit der Meinung der Redaktion nicht übereinzustimmen. Die Redaktion behält sich außerdem das Recht zu sinnwahren Kürzungen vor. Über Leserbriefe kann keine Korrespondenz geführt werden. Im Internet unter www.pnp.de können Berichte der PNP auch online kommentiert werden.

Adresse: Passauer Neue Presse, „Leserforum“, 94050 Passau.
Fax: 0851/802347.
E-Mail: Leserforum@pnp.de.

Hengersberg fordert beidseitige Erhöhung der Ohedämme

Hochwasserschutzpläne im Marktrat

Hengersberg. Bürgermeister Christian Mayer informierte den Marktrat in der jüngsten Sitzung über einen Termin im Landratsamt, bei dem der derzeitige Planungsstand für den Hochwasserschutz zwischen Straubing und Vilshofen vorgestellt wurde.

Zu Hengersberg erklärte Mayer, dass der Donaudamm so ausgebaut werden soll, dass er einem 100-jährlichen Hochwasser (HW 100) standhält. Ab der Ohe auf Höhe Gundelau soll ein Querdamm entstehen. Die Tatsache, dass der Damm entlang der Donau wesentlich verstärkt werde, sei auch für Hengersberg sehr von Vorteil meinte Mayer, darauf verweisend, dass bei einem Dammbruch oberhalb Niederalteich auch Hengersberg betroffen wäre.

Für den Ohedamm ist nur auf der rechten Seite eine Verbesserung nach HW 100 vorgesehen, auf der linken Seite nicht, erläuterte Mayer. Er befürchtet, dass das Gewerbegebiet und Altenufer überschwemmt werden könnten.

Grundsätzlich erklärte sich der Bürgermeister mit der Planung einverstanden. Dazu sollte noch vor Beginn der Bauarbeiten gefordert werden, den Ohedamm bis zur Staatsstraße nach Winzer zu verstärken und die Straße nach Winzer höher zu setzen, so dass auch

diese als zusätzlicher Damm diene.

Dr. Josef Einhellig bekräftigte, dass eine beidseitige Verstärkung des Ohedammes nur bis zur Autobahn nichts nutze. Wenn, dann müsse die Maßnahme bis zum Ohewehr durchgezogen werden. Bernhard Wirth ergänzte, dass der Ohedamm auf der Hengersberger Seite auf jeden Fall höher sein sollte, als der auf der Seite des Tennisgeländes.

Auf Anfrage von Andrea Domani-Bauer, was das Wasserwirtschaftsamt zu den Änderungen signalisierte, teilte Mayer mit, dass die Kapazität zu den jetzigen Planungen schon ziemlich ausgeschöpft sei. Er stellte klar, dass im Notfall rund 1000 Einwohner und 100 Gewerbebetriebe in Gefahr seien, wenn die Ohedammverstärkungen nicht durchgeführt werden.

Willi Lallinger gab zu verstehen, dass er die Erhöhung des Ohedammes auf der Hengersberger Seite erst dann unterstützen könne, wenn feststehe, dass Niederalteich dadurch keinen Nachteil erleide.

Der Marktrat sprach sich nach eingehender Diskussion einstimmig dafür aus, den Ohedamm vom Ohewehr bis zur Staatsstraße nach Winzer beidseits zu erhöhen. Dazu wird gefordert, die Staatsstraße höher zu setzen.

– fr

Jahrhundert-Hochwasser: Alle Jahre wieder?

DONAU-Talk beim Weißbräu zu hochbrisantem Thema – Bernreiter und Moser dabei

Deggendorf. (pk) Mit einer hochbrisanten Frage beschäftigt sich der aktuelle DONAU-Talk am Mittwoch, 24. Juli, ab 19.30 Uhr beim Weißbräu: „Jahrhundert-Hochwasser – alle Jahre wieder?“

Prominente Gäste bei der gemeinsamen Veranstaltung von *Donau-Anzeiger* und Donau TV sind unter anderem Landrat Christian Bernreiter und Oberbürgermeister Dr. Christian Moser. Nach dem verheerenden Hochwasser stehen

viele Menschen im Deggendorfer Land vor den Trümmern ihrer Existenz.

Viele haben ihr Hab und Gut verloren – von der Wohnungseinrichtung bis zum geliebten Fotoalbum. Der Krisenstab unter Landrat Christian Bernreiter hat unbestritten Großes geleistet, und der Einsatz der Helfer war – und ist – überwältigend.

Doch wie konnte es überhaupt zu der Katastrophe kommen? Sind

es fehlende Ausgleichsflächen oder einfach nur die Launen der Natur, die eine solche Flut möglich machen? Und wie will man jetzt darauf reagieren?

Nicht nur in Berlin und München, sondern direkt an der „Basis“, im Landkreis Deggendorf?

Diese Fragen stehen im Mittelpunkt beim neuesten DONAU-Talk beim Weißbräu. Hauptpersonen sind dabei die Deggendorfer Bürger – besonders die Flutopfer

aus Fischerdorf und Natternberg sowie die Helfer. Jeder kann (soll!) ungeschminkt seine Meinung sagen. Die Bürger-Diskussionsrunde ist die Fortsetzung eines neuen Formats, das die Heimatzeitung *Donau-Anzeiger* und Donau TV gemeinsam entwickelt haben. Die Diskussionsrunde wird von Donau TV aufgezeichnet.

Einlass zum DONAU-Talk ist bereits ab 19 Uhr. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei.

Der Empfang wird nicht frostig sein. Aber wenn Horst Seehofer heute zu seinen niederbayerischen Parteifreunden kommt, zum Bezirksparteitag nach Straubing, wird ihm keineswegs ein Jubel entgegen geschlagen wie früher seinen Amtsvorgängern Theo Waigel oder Edmund Stoiber. Das kann Seehofer definitiv nicht erwarten.

Die Beziehungen des CSU-Parteichefs zu den Niederbayern sind und waren von Anfang an nicht spannungsfrei. Nicht erst seit den

Horst Seehofer und die Niederbayern – das war noch nie spannungsfrei

Wochen der Entscheidung zum Donauausbau. Seehofer ist – er würde es öffentlich nicht einräumen – angefressen, dass ihm die rebellischen Niederbayern eine lupenreine Kehrtwende vermatschten, die ihn als die Lichtgestalt in der Donauwendepolitik hätte dastehen lassen.

Die Niederbayern andererseits sehen sich in den Regen gestellt, dass Seehofer ihr über zwei Jahrzehnte währendes politisches Rin-

KOMMENTAR: Seehofer und Huber

Ziemlich beste „Freunde“

gen um einen ökologisch-ökonomischen Donau-Kompromiss mit einem Federschnitt beseitigen wollte. Das hat manchen nachhaltig vergrätzt. Und es ist auch nicht vergessen, wie Horst Seehofer in dieser Angelegenheit den einen oder anderen seiner niederbayerischen Parteifreunde in die Ecke stellte.

Da ist auch Erwin Huber, Stoibers ehemaliger Vollstrecker und Strippenzieher, selbst unmittelbarer Vorgänger Seehofers als Parteichef. Das Verhältnis der beiden ist nicht nur angespannt, es ist vergiftet. Seehofer und Huber sind zwei ziemlich beste „Freunde“. Der eine, Huber, suchte den anderen, Seehofer, zu verhindern, und er hat dafür noch auf dem Totenbett die Hand heben wollen. Das vergisst ihm Seehofer nie.

Für den kantigen Huber ist der wendige Seehofer nichts anderes als ein prinzipienloser Populist, dessen Politik von den Stoiberschen Erträgen lebe. Für Seehofer hinwiederum ist Huber ein seelenloser Quertreiber und Stö-

renfried, der seinen jähen Absturz nicht verwinden kann.

Mag auch Erwin Huber in der großen Politik keine Rolle mehr spielen, so ist er doch noch eine graue Eminenz. Auch Bezirkschef Manfred Weber, der Wirtschaftsausschussvorsitzende Ernst Hinken oder der CSU-Sozialexperte Max Straubinger und andere Amtsträger aus Bund und Land segeln keineswegs brav im Fahrwasser des Parteichefs, der ihnen altbekannte Positionen allzu schnell aus dem Weg räumt.

Da ist nicht nur der Donauausbau, auch Seehofers Haltung beim Zukunftsrat, die Wende bei den Studiengebühren oder neuerdings bei der Vorratsdatenspeicherung und anderen sensiblen Themen, für die man sich Volkes Beifall leicht und schnell verdienen kann. Als störend empfunden wird auch Seehofers und damit der gesamten CSU uneinheitlicher Kurs bei der Energiewende.

Für die bodenständigen Niederbayern ist Nachhaltigkeit in der

Politik noch ein hoher Wert, ein Ideal, das in anderen CSU-Regionen verlorengeht. Dort scheint der Unterhaltungsfaktor mittlerweile gewichtiger zu sein als die gesellschaftliche Gestaltungskraft.

Andererseits wird die Parteitage-regie bemüht sein, zwei Monate vor der Landtagswahl herzliche Eintracht zwischen Parteivolk und Chef zu präsentieren. Keine Konflikte also. Horst Seehofer wird seine Niederbayern und alles Christlichsoziale loben und ebenso

Freundlicher Empfang ja, aber von Zuneigung wird nichts zu spüren sein

konsequent alles Heikle aussparen, stattdessen in den Wahlkampfmodus schalten und sich Münchens König Ude vorknöpfen. Parteintern abgerechnet werden kann immer noch nach der Wahl.

Der Parteichef kommt zu Freunden, Parteifreunden, es wird höflichen bis freundlichen, auch zustimmenden, Beifall geben, aber keine Zuneigung. Die muss sich der CSU-Chef anderswo holen.

Bernhard Stuhlfelner

„Ich kenne natürlich auch verschiedene Klagen“

Landrat Christian Bernreiter verteidigt das Management nach der Flutkatastrophe gegen Kritik

Zu langsam, zu bürokratisch, zu defensiv. Es hagelt durchaus Kritik an dem Krisenmanagement im Hochwassergebiet in Deggendorf, insbesondere auch daran, dass Finanzhilfen und logistische Unterstützung durch Bund und Land deutlich hinter den großen Ankündigungen zurückblieben. Deggendorfs oberster Krisenmanager, Landrat Christian Bernreiter, stellt sich im Interview und bekräftigt seine Sicht der Dinge. Sein Wunsch: Bis Weihnachten alle Folgen der Katastrophe bewältigen und dann nach vorne schauen.

Wie fällt fünf Wochen nach der Katastrophe Ihre Zwischenbilanz aus, Herr Landrat? Sind die Aufräumarbeiten im Plan?

Bernreiter: Ja, durchaus. Wir sind zumindest so weit, dass sich jeder selber helfen kann und auch helfen muss. Für uns ist jetzt wichtig, zu wissen, wie sieht das Hilfsprogramm des Bundes aus, dann können wir zielgenau disponieren...

...gibt es denn darüber noch keine Klarheit?

Bernreiter: Leider nein. Wir warten täglich darauf.

Und das Landeshilfsprogramm?

Bernreiter: Das ist weitgehend abgewickelt. Die Sofortgelder ausgezahlt. Da bearbeiten wir jetzt gerade die Ölschadens- und Härtefälle, die es aus eigener Kraft nicht mehr schaffen. Einige Häuser und Gebäude müssen auch abgerissen werden.

Es wurde unter den Geschädigten scharfe Kritik laut, dass den Einsatzkräften verboten wurde, den Gewerbebetrieben bei den Aufräumarbeiten zu helfen. Wieso das – und auf wessen Befehl hin?

Bernreiter: Weil das die Katastrophenfallregelung exakt so vorschreibt, dass sich Gewerbebetriebe selbst um die Beseitigung der Schäden kümmern müssen.

Ist das nicht arg engstirnig? Da stehen doch ganze Betriebe und ihre Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Bernreiter: In den ersten Tagen ist überall angepackt worden, bei Privaten und Gewerblichen, so eng haben wir das nicht ausgelegt. Erst später wurde klar zwischen Privathaushalten und Gewerbebetrieben getrennt. Grundsätzlich aber müssen sich Gewerbebetriebe erst einmal selbst helfen.

Das war aber nun eine Jahrhundertkatastrophe, da darf man das doch nicht so eng auslegen.

Bernreiter: Wir haben das auch nicht so bürokratisch gesehen, wie



Katastrophenmanager: Landrat Christian Bernreiter.

(Foto: Kallus)

das im Nachhinein behauptet wird. Wir haben auch unsere lokalen und regionalen Rettungsorganisationen, Beispiel Feuerwehr, den Gewerbebetrieben helfen lassen. Auch die freiwilligen Helfer waren dort tätig. Wir wurden dann aber klar auf die Rechtslage hingewiesen.

Sie nehmen also für Stadt und Landkreis Deggendorf in Anspruch, die Katastrophe gut bewältigt zu haben?

Bernreiter: Ja, absolut. Hauptamtliche und freiwillige Helfer aus dem gesamten Bundesgebiet, die bei uns waren, haben uns ausdrücklich gelobt, wie gut organisiert das bei uns laufe. Die hatten Vergleichsmöglichkeiten.

Das Krisenmanagement von Stadt und Landkreis Deggendorf wird teils als defensiv bis zögerlich kritisiert, gar als feige.

Bernreiter: Das höre ich auch als Pauschalvorwurf, aber wenn es darum geht, das zu belegen, kommt meistens nichts mehr. Mancher weist auch auf Helmut Schmidt hin, der bei der Hamburger Flutkata-

strophe 1962 entschlossen gehandelt hat und sich Kompetenzen nahm, die er gar nicht hatte. Das war eine andere Zeit. Das geht halt nicht mehr. Ich habe mich an die geltenden Richtlinien zu halten. Es nützt keinem, wenn später die Hilfen zurückgezahlt werden müssen, weil Beanstandungen durch den Rechnungshof kommen.

Es gab auch Kritik, dass zu spät oder gar nicht gewarnt worden sei vor der drohenden Evakuierung in Natternberg und Fischerdorf.

Bernreiter: Dem widerspreche ich mit allem Nachdruck. Am Mittag des 4. Juni ist der Deich gebrochen, bereits in aller Frühe dieses 4. Juni waren Feuerwehrleute unterwegs, die warnten, dass der Deich brechen könne und eine Evakuierung bevorstehe. Bereits am Abend des 3. Juni wurden die Bewohner von Fischerdorf gebeten, obere Stockwerke aufzusuchen und nicht im Erdgeschoss zu bleiben. Es gab auch Radiodurchsagen. Diese Kritik ist unberechtigt. Wir waren mit unseren Entscheidungen immer einen halben Tag voraus.

Trotzdem gibt es heftige Kritik vor allem aus dem Bereich des Gewerbes am Krisenmanagement.

Bernreiter: Ich kenne natürlich auch verschiedene Klagen.

Zudem beklagt das Gewerbe, dass es trotz zweistelliger Millionenschäden in manchem Einzelfall auch finanziell nicht über die 50000-Euro-Grenze hinaus unterstützt wird. Es drohe manchem Betrieb Insolvenz.

Bernreiter: Da müssen wir abwarten, was das Bundeshilfsprogramm bringt. Geht es nach dem Bedürftigkeitsprinzip, werden vor allem Härtefälle bedacht, wir hoffen hingegen auf das Betroffenheitsprinzip, dann könnten bis zu achtzig Prozent der nicht versicherten Schäden abgedeckt werden. Wir haben unsere Vorstellungen eingebracht. Ich bin optimistisch, dass vieles davon umgesetzt wird.

Aber es kann doch gar nicht anders laufen. Das hier ist eine nie erlebte Katastrophe.

Bernreiter: Wir sind in enger Abstimmung mit dem bayerischen Finanzministerium. Es gibt zum Beispiel Gewerbebetriebe, die haben keine Betriebsunterbrechungsversicherung, können aber jetzt wochen- oder monatelang nicht produzieren. Die stehen allein schon aus diesem Grund vor der Insolvenz. Das muss im Bundeshilfsprogramm berücksichtigt werden. Deshalb brauchen wir unbedingt das Betroffenheitsprinzip.

Die Kanzlerin hat in ihrer Regierungserklärung glasklar angekündigt, dass kein Gewerbebetrieb und kein Privathaushalt in die Insolvenz getrieben werde. Damit wäre der Fall im Prinzip eindeutig.

Bernreiter: Natürlich, deshalb müssen der bayerische Ministerpräsident und der bayerische Finanzminister entsprechenden Druck machen, dass es auch so läuft. Außerdem wollen wir erreichen, dass die Schäden und Verluste aus der Flut

Warum sind die von der Stadt Deggendorf angekündigten Gutachter bis heute nicht zu den Geschädigten gekommen?

Bernreiter: Unsere Leute waren in jedem Haus, in jedem Gebäude, und haben Beweissicherung gemacht, um die staatlichen Hilfen abwickeln zu können. Wer aber einen Gutachter will oder braucht, zum Beispiel aus versicherungstechnischen oder baulichen Gründen, der muss ihn selber bezahlen, das muss dann natürlich in die Schadenssumme eingerechnet werden. So sind auch die Informationen von uns an die Leute gegangen.

Lässt sich bereits eine konkrete Schadenshöhe angeben?

Bernreiter: Wir sind anfangs von 500 Millionen ausgegangen. Diese Summe bewegt sich eher noch nach oben als nach unten. Wir haben aber noch keinen endgültigen Gesamtüberblick.

Wie lange werden Behörden einerseits und die Betriebe und Privathaushalte noch mit den Folgen der Flut zu tun haben?

Bernreiter: Ich wünsche mir, dass bis Weihnachten alles erledigt ist. Aber manches wird sich bis mindestens ins kommende Jahr hineinziehen, besonders dort, wo abgerissen und neu gebaut werden muss. Wir als Kommune werden die Auswirkungen auch insofern bitter spüren, weil unsere Steuereinnahmen einbrechen werden, insbesondere die Gewerbesteuer.

Was kann man aus diesem Katastrophenfall lernen?

Bernreiter: Besonders, dass der Hochwasserschutz dringend verbessert werden muss, wir brauchen Polder und Überschwemmungsräume, um Hochwasserspitzen abzufangen. Hinzulernen kann man immer. Schwachpunkte werden wir im Rahmen einer Manöverkritik ansprechen und abstellen. Ansonsten hat uns das bayerische Innenminis-

ANZEIGE

ZAHNKLINIK
Mühldorf am Inn

Fachklinik: Kiefer-, Implantologie, Parodontologie

1000fache
Implantaterfahrung
Spezialisierte ärztliche
Fachabteilungen:
• Kieferchirurgie
• Prothetik
• Parodontologie
• Endodontie
• Prophylaxe
• Vollkeramik
• Ambulanzklinik
• DVT Computertomographie
• 3D-OP Implantatnavigation
• CAD/CAM Vollkeramik
• Gewerbeliches
Zahn-technik Meisterlabor

Zahnklinik Mühldorf am Inn
Südostbayerische Fachklinik für
Asthma und Implantologie
Stadtplatz 7a
D-84459 Mühldorf am Inn
Tel.: 49-3634-141-5540
info@zahnklinik-muehldorf.de



Echt schöne, feste Zähne

durch Zahnimplantate und regenerative Parodontitis
Therapie auch bei massivem Knochenverlust!

Informationsabend
Montag, 15. Juli, 19.00 Uhr

Weitere Termine: 19.8./19.9.2013
Kurze Anmeldung erbeten: 0 86 31 - 18 56-0

zahnklinik-muehldorf.de



Tipps und Termine

Zehn Erziehungsratgeber

Einen Vortragsabend über die Erziehung bietet die Katholische Erwachsenenbildung Dingolfing-Landau am Dienstag, 16. Juli, um 19.30 Uhr in der Dingolfinger Stadthalle an. Referent ist Professor Dr. Ralph Dawirs, Entwicklungs- und Gehirnforscher am Uniklinikum Erlangen. Sein Vortrag lautet nach seinem Bestseller-Buchtitel: „Die 10 Erziehungsratgeber und wie wir es besser machen können“. Info: www.keb-dingolfing-landau.de.

Vortrag über Pflanzen für Kinder

Am Dienstag, 16. Juli, findet im Hörsaal H15, im Hörsaalgebäude Recht und Wirtschaft der Universität Regensburg, von 17 bis 17.45 Uhr eine Sitzung der „Universität für Kinder“ statt. Professor Peter Poschold erklärt den Jungstudierenden zwischen 8 und 13 Jahren: „Wie geht das? Pflanzen, die auf Pflanzen wachsen...?“ Anmeldung ist nicht nötig; freier Eintritt.

Wirtschaftlichkeit im Blick

Herrmann fordert „Energiewende mit Augenmaß“

Regensburg. (ta) Die bayerische Staatsregierung setzt auf eine „konsequente Energiewende mit Augenmaß“. Das betonte Innenminister Joachim Herrmann gestern beim 6. Immobilienrechtstag unter dem Motto „Grünes Baurecht und Energiewende“ in Regensburg. So liege der Anteil erneuerbarer Energien in Bayern 2012 bereits bei 35 Prozent, während es deutschlandweit nur 23 Prozent waren. „Das bayerische Ziel mit einem Anteil erneuerbarer Energien von 50 Prozent im Jahr 2021 liegt in greifbarer Nähe“, sagte der Innenminister.

Ebenso wichtig sei es aber, neben den rein ökologischen Aspekten auch die anderen Auswirkungen der Energiewende genau im Auge zu behalten. „Dazu gehört die Wirtschaftlichkeit energetischer Maßnahmen genauso wie die Akzeptanz in der Bevölkerung.“ Gerade für die Bürgerinnen und Bürger seien ein ausreichender Abstand zur Wohn-

bebauung, eine geringstmögliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und bezahlbare Strompreise entscheidende Faktoren. Daher sei unter anderem eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes dringend erforderlich, um einen weiteren Anstieg des Strompreises zu verhindern, so Herrmann.

Der vom Bundeskabinett beschlossenen Verschärfung der Energieeinsparverordnung (EnEV), die primärenergetischen Anforderungen um 25 Prozent zu erhöhen, erteilte Herrmann eine klare Absage: „Das machen wir nicht mit! Völlig überzogene energetische Anforderungen treiben die Wohnungsbaukosten und Mieten in die Höhe.“

Laut einem Gutachten würden die Amortisationszeiträume für diese höheren Aufwendungen zwischen mindestens 32 und über 150 Jahren liegen. „Das sei „wirtschaftlich ein grober Unfug“, sagte Herrmann.

sofort steuerlich voll abzugsfähig sind und nicht auf viele Jahre verteilt werden.

Aber nochmals, läuft das nicht außerordentlich zäh und nach strengen bürokratischen Regeln? Ein Notstand wie jetzt erfordert doch Notfallregelungen, die an allen Fronten schnelle Hilfe ermöglichen.

Bernreiter: Natürlich erwarten die Betroffenen schnelle Lösungen. Aber wir sind vor Ort an Recht und Gesetz gebunden. Die finanziellen Hilfen für Betriebe müssen mit Brüssel abgestimmt werden. Sonst droht von dort Unheil.

terium bestätigt, alles so weit ganz richtig gemacht zu haben.

Angeblich dauert es noch drei Jahre, bis der neue Hochwasserschutz steht. Was ist, wenn bis dahin noch eine Flut kommt?

Bernreiter: Drei Jahre wird das nicht dauern. Ich gehe davon aus, dass im kommenden Jahr zügig begonnen wird und man in zwei Jahren fertig ist. Einen lückenlosen Schutz vor Naturkatastrophen wird es nie geben.

Interview: Bernhard Stuhlfelder und Peter Kallus

Über das „Verständnis von Datenschutz“ reden

CSU-Bezirkschef Manfred Weber fordert rasche Schritte zum Hochwasserschutz

Die Abhörprogramme der Amerikaner können nicht folgenlos bleiben. Davon ist Manfred Weber überzeugt. Der Bezirksvorsitzende der CSU Niederbayern will dazu auch die derzeitigen Verhandlungen um das Freihandelsabkommen nutzen. Im Interview mit unserer Zeitung sagt der Vize-Fraktionschef der EVP-Fraktion im Europaparlament, der auch Mitglied im CSU-Präsidium ist, dass eine Zustimmung des Europäischen Parlaments zu dem Abkommen ohne eine Klärung des Abhörskandals nicht zu erwarten ist. Niederbayern wiederum bezeichnet der Bezirkschef als familienfreundliche Region, doch müsse auch die CSU diese Standortvorteile noch stärker herausstellen.

Herr Weber, Sie waren diese Woche in den USA und haben mit Ihren Gesprächspartnern über den Abhörskandal gesprochen. Wie beurteilen Sie nun die Lage?

Weber: Die Vorgänge sind indiskutabel, weil alles intransparent abgelaufen ist. Wir als Europäer wussten davon nichts. Unter Partnern und Freunden ist so ein Verhalten nicht zu akzeptieren. Daher ist unsere Forderung an die Amerikaner, nun für Transparenz zu sorgen. Wir werden aber auch über das Verständnis von Datenschutz miteinander reden müssen. Die Amerikaner gehen davon aus, dass Datenschutz erst beginnt, wenn der Staat die Daten liest und darauf zugreift. Das Durchsehen von Daten mit elektronischen Systemen ist aus Sicht der Amerikaner kein Problem. Aus europäischer Sicht ist aber bereits das ein gravierender Eingriff. Daher wird uns die Grundsatzfrage bevorstehen, ob man diese großen Datenbestände zur Terroristenjagd nutzt oder nicht. Wir als CSU sind der Ansicht, dass man die Daten nur nutzen darf, wenn ein entsprechender Anfangsverdacht vorliegt.

„Ich bin dafür, jetzt über dieses Abkommen zu verhandeln“

Wie haben die amerikanischen Gesprächspartner Ihre Fragen beantwortet?

Weber: Die Antworten waren relativ offen und gut, allerdings wird sowohl gegenüber ausländischen Freunden, als auch gegenüber amerikanischen Abgeordneten selbst, sehr schnell das Geheim-



Manfred Weber will die Vorzüge Niederbayerns stärker herausstellen.

dienstargument angeführt. Unsere Antwort darauf muss sein, wenn die Amerikaner das Vertrauen der Partner wiedergewinnen wollen, dann müssen sie für Transparenz sorgen. Die Amerikaner müssen verstehen, dass ihr Verhalten ansonsten nicht folgenlos bleiben kann.

Wie sehr wird der Abhörskandal die eben erst begonnenen Verhandlungen über eine transatlantische Freihandelszone beeinflussen?

Weber: Ich bin dafür, jetzt über dieses Abkommen zu verhandeln. Europa hat ein großes Interesse an einem Freihandelsabkommen, nämlich Wachstum und neue Arbeitsplätze. Etwa auch BMW und damit ganz Niederbayern würde davon profitieren. Man muss aber auch realistisch sehen: Dieses Abkommen wird im Europäischen Parlament keine Zustimmung erhalten, wenn die bereits dargestellten Fragen nicht geklärt sind. Es muss in beide Richtungen verhandelt werden: Wir brauchen auch Aufklärung über die Abhöraktivitäten und klare Regelungen beim Datenschutz.

Am Samstag trifft sich die niederbayerische CSU in Straubing zum Parteitag. Wie geschlossen ist die CSU zu Beginn der heißen Wahlkampfphase?

Weber: Die gesamte Führungsmannschaft wird wieder antreten und es gibt in der Spitze keine offenen Fragen. Wenn ich dann sehe, dass unsere Kandidaten alle mit breiter Unterstützung nominiert sind, dann sage ich, die CSU Niederbayern steht personell hervorragend da. Wir bieten den Menschen eine starke Mannschaft an und wir bitten damit um eine Vertragsverlängerung, weil wir glauben, dass wir die richtigen Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft haben.

Sie haben kürzlich ein Papier vorgelegt, welche Folgen Sie aus den jüngsten Hochwasserereignissen ziehen wollen. Wie ist dieses Papier in der Partei aufgenommen worden?

Weber: Das Papier ist im Vorstand sehr wohlwollend aufgenommen worden und es wurde einstimmig beschlossen. Die Katastrophe

hat auch etwas Positives gezeigt, den Zusammenhalt der Niederbayern, die ungemeine Hilfsbereitschaft. Auf diesen Zusammenhalt kann unsere Heimat stolz sein.

Was konkret fordern Sie?

Weber: Jetzt geht es darum, dass die Zusagen, die die betroffenen Menschen bekommen haben, auch eingehalten und die Hilfgelder ausbezahlt werden. Die Menschen brauchen Klarheit. Zudem hat Niederbayern Zusagen über 600 Millionen Euro für den Hochwasserschutz. Die Planungen sind nach der EU-Studie abgeschlossen. Es gibt also keinen Grund, warum wir jetzt warten sollten. Daher unser Appell: Jetzt müssen die Bagger rollen.

Sind Sie mit der Hilfe an die vom Hochwasser Betroffenen zufrieden?

Weber: Die erste Hilfe in Höhe von 1500 Euro pro Betroffenen war sehr hilfreich und kam auch bei den Bürgern gut an. Jetzt allerdings muss auch die Frage der Gerechtigkeit mit aufgegriffen werden. Daher wird es bei den Anträgen auf weitere Hilfgelder auch einen gewissen Aufwand geben müssen. Das ist im Interesse aller. Wichtig ist aber, dass es schnell geht und Planungssicherheit für die Menschen besteht. Neben den staatlichen Mitteln haben wir ja noch eine große Welle der Solidarität. Auch bei Ihnen im Verlag wurde viel Geld gesammelt – in ganz Bayern haben Bürger Geld gespendet, um den Betroffenen unbürokratisch zu helfen. Dafür herzlichen Dank. Wenn man das alles sammelt, kommt einiges zusammen, um jetzt die notwendige Hilfe leisten zu können.

Niederbayern muss im Bereich der Hochkultur vorankommen

Die Entwicklung des ländlichen Raums hat sich die Niederbayern-CSU auf die Fahne geschrieben. Viele ist zugegeben recht vage. Was hat sich seither konkret getan?

Weber: Zunächst muss man den Blick auf die Entwicklung lenken. Für unsere Region ist extrem wichtig, dass wir uns vom reinen Produktionsstandort zum Innovationsstandort entwickeln. Ich kann feststellen, dass an allen Hochschulstandorten in Niederbayern derzeit Bagger stehen oder Zweigstellen eingerichtet werden. Das heißt, wir

investieren in die Zukunft. Das haben wir in den vergangenen Jahren geschafft, nämlich viele Millionen Euro nach Niederbayern zu lenken. Es geht dabei auch darum, die gut bezahlten Jobs in der Region zu halten. Das ist die große strategische Aufgabe. Die Zukunftsperspektive, den Innovationsstandort Niederbayern zu stärken, wird auf der Agenda der CSU bleiben. Aber um in Zukunft attraktiv zu sein, braucht Niederbayern mehr: Niederbayern ist Familienland, wo vielerorts optimale Bedingungen herrschen. Auch im Vergleich zu München wird es viele Familien geben, die sagen, ich würde meine Kinder lieber in Niederbayern aufwachsen sehen. Die Vorteile für Familien müssen wir stärker herausstellen.

Sie haben auch die Kultur als eines der Zukunftsthemen für die Region beschrieben. Können Sie das schon konkret darlegen?

Weber: Wenn wir attraktiv sein wollen für Investitionen in den Innovationsbereich, dann muss Niederbayern seine Aktivitäten in Sachen Kultur stärken. Wir haben hier viele Einzelinitiativen und eine extreme Vielfalt, was ja Niederbayern auch auszeichnet. Aber wir sollten auch daran arbeiten, in der Hochkultur voranzukommen. Da kann in Niederbayern noch mehr passieren.

Die Freien Wähler haben kurz vor der Wahl das Kriegsbeil mit der CSU offenbar wieder eingegraben. Wie beurteilen Sie den politischen Gegner?

Weber: Ich glaube, dass die Freien Wähler im Wahlkampf das große Problem haben, dass sie keine schlechte Stimmung mehr machen können. Genau das macht Freien Wähler-Chef Hubert Aiwanger, er redet Bayern schlecht. Die Menschen haben aber eine andere Wahrnehmung. Sie sehen, dass es hier im Vergleich zu ganz Deutschland und zu Europa gut läuft und dass sich die CSU um die Anliegen der Menschen kümmert. Deswegen bricht Aiwangers Wahlkampf-Strategie in sich zusammen. Das durchschauen die Menschen. Aiwanger legt sich ja nicht einmal fest, won er als Ministerpräsidenten unterstützt. Wer mit den Freien Wählern ins Bett geht, kann mit Rot-Grün und Ude aufwachen.

Interview: Dr. Gerald Schneider